

Das südmährische Hnanice/Gnadlersdorf

Drei Dörfer in einem Lustrum 1945-1950

Den Beitrag widme ich der Erinnerung an den Film *Všichni dobří rodáci. Filmová kronika o osudech obyvatel jedné moravské vesnice v poválečném období* („Filmchronik über die Bewohner eines Mährischen Dorfes zur Nachkriegszeit“) von Vojtěch Jasný und das unvergleichliche Erlebnis der Aufführung in Prag-Nusle am 16. August 1969.

Das Dorf an der Grenze

Die Deutungskraft politischer Sinnangebote und Organisationsprinzipien für das öffentliche Leben des südmährischen Dorfes Hnanice (früher Gnadlersdorf) an der niederösterreichischen Grenze ist Gegenstand der vorliegenden Mikrostudie.¹ Gleichsam im mikroskopischen Blick ergeben sich die handlungsrelevanten dörflichen Sinnorientierungen im Spannungsfeld von Dorf und Politik, welche den Alltag durchdringen und die politischen Außenkontakte abdecken. Das Dorf wird gleichsam aus seiner Mitte heraus beobachtet, wie es mit den politischen Vorgaben umgeht und sie in den eigenen Deutungskontext hereinnimmt, während sonst lokalpolitische Untersuchungen einseitig die Prägekraft der politischen Vorgaben im Kleinfeld untersuchen. Gnadlersdorf/Hnanice erlebte im 20. Jahrhundert einen dramatischen Wandel vom überwiegend deutschsprachigen Grenzdorf mit seiner deutsch-tschechischen ethnischen Kohabitation über die ethnische Zwangshomogenisierung der nationalsozialistischen Zeit, die Vertreibung der Deutschen und die Neubesiedelung mit tschechischen Zuwanderern. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Rekonstruktion des tschechischen Dorfes Hnanice seit 1945 sowie seine erneute Zwangsumwandlung vom klassischen Bauerndorf zum sozialistischen Dorf mit kollektivierter Landwirtschaft. Hnanice ist somit Beispiel einer politisch durchwirkten Neusiedlung. Zugleich verfestigte sich die an der Dorfgemarkung verlaufende Staatsgrenze zur Ost-West-Systemgrenze und erhielt Hnanice die Funktion einer Grenzstation. In dieser künstlichen Isolation lebte Hnanice vierzig Jahre bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus.

Gnadlersdorf/Hnanice liegt in einer seichten Talmulde am Ostabhang des Manhartsberges mit Blick auf den landwirtschaftlich fruchtbaren Thayaboden. Die Reichsstraße Krems-Retz-Znaim/Znojmo querte den alten Ort mit seiner langen geschlossenen Reihe von Bauernhäusern und anschließend von Kleinhäusern. Gnadlersdorf war eine eigene Pfarre, das Schulhaus der einklassigen, später zweiklassigen deutschen Gemeindeschule stammte aus dem Jahr 1812; seit 1926 bestand eine meist einklassige staatliche tschechische Minderheitenschule, zeitweise auch ein tschechischer Kindergarten. Postamt, Gendarmerieposten, Arzt, Hebamme, Einkaufshäuser oder Kino befanden sich im benachbarten Schattau/Šatov,

die zentralörtlichen Funktionen im etwa zwei Stunden entfernten Znaim. Die Zahl der Häuser stieg kontinuierlich, die Einwohnerzahlen waren bis 1938 leicht rückläufig, dann kam es durch Zwangsmigrationen zu dramatischen Einbrüchen (siehe Tabelle 1).²

Tabelle 1: Zahl der Häuser und Einwohner in Gnadlersdorf/Hnanice 1869-1950

Jahr	1869	1880	1890	1900	1910	1921	1930	1939	1950
Häuser	94	103	106	113	122	123	129	134	91
Einwohner	624	629	613	595	587	584	565	498	353

Gnadlersdorf lebte von den marktorientierten Intensivkulturen Wein, Tafeltrauben, Obst und Gemüse, etwa den bekannten Znaimer Gurken. „Der Grundbesitz ist beschränkt, weshalb die Besitzer, um ihr Fortkommen zu finden, die Grundstücke intensiv und ertragreich bearbeiten“, so beschreibt der langjährige Gnadlersdorfer Pfarrer Philipp Homola das Dorf.³ Landwirtschaften ab einer Größe von vier bis fünf Hektar waren schon lebensfähig, solche von sechs bis sieben Hektar galten als „groß“.⁴ Die ökonomische Einheit bildete der familiär verfasste Hof unter Mithilfe von behausten Tagelöhnern für Arbeitsspitzen. Dienstboten spielten in dieser Arbeitskraftrekrutierung keine Rolle. Der Ökotypus Weinbau erlaubte eine Modifikation des Anerbenrechtes, die einer Realteilung nahe kam,⁵ sodass auch weichende männliche Erben ein Haus und mehrere Grundstücke, jedenfalls „einen jungen Weingarten“ erhielten und auch die Mädchen grundsätzlich ein entsprechendes Heiratsgut erwarten konnten.⁶ Auf diese Weise wurden die hauswirtschaftlichen Existenzen gefestigt oder solche neu begründet. Diese Grundregel reduzierte den räumlichen Umfang der Heiratskreise. 1921 waren 72 Prozent aller verheirateten Haushaltsvorstände oder deren Ehegatten in Gnadlersdorf geboren; nimmt man die unmittelbare Nachbarschaft bis fünf Kilometer dazu sogar fast 78 Prozent. Diese engen Heiratskreise innerhalb eines beinahe ausschließlich deutschsprachigen Umfelds stabilisierten die ethnischen Verhältnisse des Dorfes; nur einige Gnadlersdorfer Bäuerinnen waren tschechischer Muttersprache. Zur Erhaltung der Besitzordnung hatten Bauern und Kleinbauern in der Regel nur zwei bis drei Kinder. Weichende mittelbäuerliche Erben erhielten eine neue Existenz durch Ausbildung und Studium, als Lehrer und Lehrerinnen oder sogar Tierarzt und Staatsanwalt. Die Hofstellen waren äußerst stabil, im äußersten Fall verkaufte man einen Teil des Eigenlandes; und so konnten sich auch keine auswärtigen Bauern einkaufen. Wohl aber fanden sich unter den Tagelöhnern, den Kleinhäuslern und den Dorfhandwerkern einige tschechische und ethnisch gemischte Ehepaare.⁷ Im Jahre 1921 waren 79 Prozent der Haushaltsvorstände in der Landwirtschaft tätig. Der Rest verteilte sich auf die für ein Agrardorf typischen Dorfhandwerker Müller, Gastwirt, Gemischtwarenhändler, Trafikant, Schmied, Bäcker, Schuster, Schneider und Maurer. Dazu kamen zwei, nach der Errichtung der tschechischen Minderheitenschule drei Lehrer und sechs Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Eine immer größer werdende Gruppe bildeten hier an der Staatsgrenze die 1930 bereits 13 Finanz- und Zollbeamten. Gnadlersdorf war eine enge soziale Begegnungswelt. Kirtag und Maibaumsetzen bildeten Höhepunkte tradierter Festkultur unter Beteiligung der tschechischen Minderheitenangehörigen. Es gab wenige Anlässe das Dorf zu verlassen, gelegentlich zum Besuch des Znaimer Marktes, die auswärtigen Kirtage, alle paar Jahre eine Wallfahrt ins niederösterreichische Maria Dreieichen. Erst 1929 erfolgte die Gründung einer Ortsfeuerwehr.

Tabelle 2: Gnadlersdorf/Hnanice – Wirtschaftsklassen der Haushaltsvorstände 1930⁸

Wirtschaftsklasse	Anzahl	Prozent
Landwirtschaft	118	77,3
Tonwaren/Geschirrerzeugung	2	1,3
Maurerei	1	0,7
Schuhmacherei	2	1,3
Müllerei	2	1,3
Bäckerei	1	0,7
Tischlerei	1	0,7
Schmiederei	1	0,7
Kaufhaus/Gemischtwarenhandlung	1	0,7
Tabakverschleiß	1	0,7
Gastgewerbe	2	1,3
Finanz/Zoll	13	8,5
Gemeindebedienstete	1	0,7
Schule/Erziehungswesen	3	2,0
Haushalt allgemein	1	0,7
Häusliche Dienste	1	0,7
Seelsorge	1	0,7
Gesamt	152	100,0

Tabelle 3: Gnadlersdorf/Hnanice – Soziale Stellung der Bevölkerung 1930⁹

Soziale Lage	Anzahl	Prozent
Selbständige Landwirte	116	32,5
Ausgedinger	15	4,2
Handwerksmeister	6	1,7
Besitzer/Gewerbeinhaber	4	1,1
Freie, akademische Berufe	1	0,3
Haus-, Grundbesitzer, Rentier	1	0,3
Mittlere Beamte	1	0,3
Niedere Beamte	16	4,5
Angestellte allgemein	1	0,3
Niedere Angestellte	1	0,3
Arbeiter unbestimmt	11	3,1
Gehilfe, Hilfsarbeiter	8	2,2
Lehrling	1	0,3
Tagelöhner	10	2,8
Dienstboten	12	3,4
Hilfe im Haushalt allgemein	142	39,8
Heimarbeit/Hausindustrie	1	0,3
Pensionist	3	0,8
Arbeitslos	5	1,4
Schüler/Student	2	0,6
Gesamt	357	100,0

Gnadlersdorf hatte bis zum Ende der Habsburgermonarchie beinahe ausschließlich Bewohner deutscher „Umgangssprache“. Die neue Fragekategorie „Nationalität“ erbrachte in der tschechoslowakischen Volkszählung 1921 immerhin 58 Tschechen. Während die Zahl der Deutschen hauptsächlich wegen der agrarökonomischen Strukturschwäche 1930 zurückging, stieg jene der Tschechen weiterhin durch den Zuzug von „Finanzern“ und ihren Familien nach Errichtung der Zollexpositur. Das zweite soziale tschechische Substrat bildeten Kleinhäusler und Arbeiter, die aber wegen ihrer geringen Zahl keine autonome ethnische öffentliche Struktur entwickelten und wegen ihrer familiären und individuellen Integration ins Dorfleben tendenziell sogar von Assimilation erfasst wurden. Aus diesem sozial disparaten Substrat formierte der tschechische Lehrer um die neue Minderheitenschule herum die örtliche „tschechoslowakische“ Nation, und zwar zu bestimmten kulturellen Anlässen wie nationalen Festen und Weihnachtsfeiern sowie im Hinblick auf die politischen Anlässe von Volkszählungen und Wahlen. Den Höhepunkt dieser nationalen Sammelbewegung markierte die gut besuchte Feier zum Geburtstag des ehemaligen Staatspräsidenten Tomáš G. Masaryk am 7. März 1935. Die soziale Kohabitation von Deutschen und Tschechen hat die Etablierung von deutschen und tschechischen nationalpolitischen Kulturen mit einer engen Deutungskompetenz in abgezielten Zeiten und Räumen nicht beeinträchtigt.

Tabelle 4: Volkszählungsergebnisse Gnadlersdorf/Hnanice 1880-1950

Jahr	1880	1890	1900	1910	1921	1930	1939	1950
deutsch	625	608	582	583	504	452	495	0
tschechisch	0	2	13	3	58	83	3	353
andere	4	-	-	1	22	30	-	-

Die Szene änderte sich freilich grundlegend mit den Fernwirkungen des deutschen Nationalsozialismus auf die deutsche Volksgruppe und dem hier in Südmähren ohnehin durch den politischen Katholizismus etwas abgeschwächten Aufstieg der sudetendeutschen Henlein-Bewegung. Der Schwerpunkt der deutschen Orientierung verlagerte sich vom Dorfkontext hinaus auf die imaginierte Ebene der Nation mit ihren Versprechungen nach Lösung aller aktuellen sozialen Probleme einer kränkelnden Landwirtschaft und jugendlichen Arbeitslosigkeit sowie mit ihrer Euphorie psychischer Geborgenheit im gesamtdeutschen Gemeinschaftsgefühl. Die örtlichen Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1929 und 1935 zeigen die Henleinbewegung als Erben der deutschen bürgerlichen Parteien.

Tabelle 5: Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1929 und 1935 in Gnadlersdorf/Hnanice

Wahl	DNP	SdP	DCV	BdL	ČNS	ČSD	ČND	KSČ
1929	162	-	61	52	21	7	4	1
1935	-	293	19	0	17	3	11	0

Quelle: *Historický místopis Moravy a Slezska v letech 1848-1960. Svazek IX. Okresy: Znojmo, Moravský Krumlov, Hustopeče, Mikulov, Ostrava 1984, 64.*

Erklärungen:

DNP: Deutsche Nationalpartei

SdP: Sudetendeutsche Partei

DCV: Deutsche Christlichsoziale Volkspartei

BdL: Bund der Landwirte

ČNS: Československá národní socialistická strana (Tschechoslowakische sozialistische Volkspartei)

ČSD: Československá sociálně demokratická strana dělnická (Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei)

ČND: Československá národní demokracie (Tschechoslowakische Nationaldemokraten)

KSČ: Kommunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)

Die „Sudetenkrise“ im September und Oktober 1938 schließlich hat das Dorf in seine nationalen Anspruchsteile zerrissen. Vor der befürchteten militärischen Konfrontation flüchteten im September Angehörige beider Gruppen über die ethnische beziehungsweise staatliche Grenze auf ihre jeweilige nationale Seite. Die Grenzstation Gnadlersdorf/Hnanice wurde dann tatsächlich am 22. September 1938 von sudetendeutschen Freikorps gemeinsam mit niederösterreichischen Nationalsozialisten angegriffen und dabei der tschechoslowakische Leutnant Othmar Chlup ermordet. Das Dorf galt in diesen Auseinandersetzungen irgendwie als neutral, so dass auf Ersuchen der Finanzer deutsche Gnadlersdorfer mit einer weißen Fahne zum Grenzhaus gingen und die Leiche Leutnant Chlups herausbrachten.¹⁰ Den vollen Bruch mit der ethnischen Kohabitation vollzog die örtliche nationalsozialistische Obrigkeit sofort mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sudetengebiete auf Grund des Münchner Abkommens. Tätliche Übergriffe gegen heimische Tschechen, oft durch „die besten Nachbarn“,¹¹ setzten den Prozess der ethnischen Säuberung in Gang. Der Kleinhäusler Čermák „ist grad beim Mittagessen gesessen, und da hat es ja gleich einen Ortsgruppenleiter geben, und die sind da hinkommen, Gemeinderäte und Bürgermeister und haben g’sagt, Čermák, in zwei Stunden musst Gnadlersdorf verlassen haben. Das was du tragen kannst, kannst mitnehmen.“¹² Dann verprügelten ihn noch jugendliche Gnadlersdorfer, ehe er das Dorf verließ.¹³ Die Vertreibung ihres Pfarrers, der sie jahrzehntelang getauft und getraut hatte, bleibt bis heute ein wunder Punkt in der Erinnerung der ehemaligen Dorfbewohner.

„Wir sind vorm Haus g’standen bei uns, und da waren Leut, denen er viel Gutes getan hat, der hat sie umsonst tauft, umsonst traut, und geben, geschenkt und alles. [...] Und grad denen er viel gemacht hat, die haben sich umdreht und haben ihm den Rücken zeigt. Ich hab ihn grüßt wie immer, gelobt sei Jesus Christus, Herr Pfarrer. Aber den sein Gesicht sehen, wie die Leut so gemein waren!“¹⁴

Die Vertreibung der Tschechen aus Gnadlersdorf geschah ziemlich lückenlos. Bei der Volkszählung 1939 bekannten sich nur noch drei Personen zur tschechischen Volkszugehörigkeit sowie vier zur tschechischen Muttersprache: ein Hilfsarbeiter und ein Diensthote in der Gruber-Mühle und zwei Diensthoten bei Bauern.¹⁵ Auf die Vertreibung folgte die Auslöschung der Zeichen tschechischer Präsenz. Die Freiheitslinden vor der tschechischen Schule wurden gefällt, der Platz mit Eichen bepflanzt. In das Gebäude der tschechischen Minderheitenschule zog nun die deutsche Volksschule ein.¹⁶ Nach der „Volksabstimmung“ im Oktober 1938 befestigte man an der Schule eine Marmortafel, dass sich die Gemeinde Gnadlersdorf zu „99,9 % für Führer und das Deutsche Volk bekannt“ hat.¹⁷

Der Euphorie folgte bald die Ernüchterung durch Zwangswirtschaft, Krieg und kulturelle Lenkung. Diese katholischen südmährischen Agrardörfer wurden förmlich überfallsartig in die politische Moderne gestoßen. Das Unheil war da, sie hatten es selbst im Dorfkontext praktiziert und geduldet, ehe sie in ihrer Mehrheit so richtig zu politischem Bewusstsein gekommen waren. Die lebensgeschichtlichen Interviews berichten von einer zunehmenden inneren Entfremdung von diesem fordernden Regime und seinen mitten im Dorf allgegenwärtigen Repräsentanten von Partei und Staat. Sogar einzelne Regelverletzungen, etwa durch verbotene weite Wallfahrt nach Maria Dreieichen im Waldviertel sind in Erinnerung geblieben. Diese partielle resistente Haltung reichte allerdings nirgends zu widerständischen Handlungen, man fügte sich in Unvermeidliche, tat das Befohlene, erwartete bessere Zeiten. Vor der herannahenden Front und dem erwarteten Kriegsende sind sodann die meisten politischen Funktionäre, vereinzelt auch unbelastete Familien Richtung Weinviertel geflüchtet.¹⁸ Eine Massenflucht vor der heranrückenden Front wie in der weiter östlichen Nikolsburger Gegend erfolgte hier im Znaimer Gebiet jedoch nicht mehr. So erwartete die großteils aus Frauen, Kindern und alten Leuten bestehende Dorfbevölkerung ihr ungewisses Schicksal.

Ein neues Dorf: Vertreibung und Neusiedlung

Was in den nächsten Monaten folgte, war ein vollständiger Austausch der Bevölkerung durch Flucht, Vertreibung und Neusiedlung. Die politische Rechtfertigung lieferten bekanntlich das am 5. April 1945 unterzeichnete und veröffentlichte Kaschauer Regierungsprogramm der tschechoslowakischen Regierung und in seiner Folge die sogenannten Beneš-Dekrete des tschechoslowakischen Präsidenten über die Konfiskation des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Ungarn vom 21. Juni 1945, über die Besiedelung des konfiszierten Bodens mit tschechischen, slowakischen und anderen slawischen Bauern vom 20. Juli 1945 sowie das Verfassungsgesetz vom 2. August 1945 über den Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft der Deutschen und Ungarn.¹⁹ Der konfiszierte Besitz sollte laut Kaschauer Programm und Bekanntgabe des Landwirtschaftsministeriums vom 3. August 1945 durch tschechisches Landproletariat, Landarbeiter, Häusler und Kleinlandwirte sowie durch Arbeitersiedlung wiederbesiedelt werden.²⁰ So gesehen, handelte es sich beim Bevölkerungsaustausch um eine sozial und national motivierte Landreform. Hnanice, wie man ab jetzt das Dorf zu benennen hatte, lag innerhalb jener agrarisch reichen südmährischen Zone entlang der Grenze zum niederösterreichischen Weinviertel, die schon vom Mai bis Juli 1945 – nach öffentlicher Aufforderung in Regierungsmedien und vielfach mit logistischer Unterstützung staatlicher Einrichtungen und Parteien – spontan neu besiedelt wurde, wäh-

rend die weniger günstigen Grenzlagen seit Ende Mai in gezielten Aktionen Dorf für Dorf gewaltsam entsiedelt wurden – Stichwort „wilde Vertreibungen“.²¹ Rasch fanden sich Interessenten für diese gut situierten bäuerlichen Anwesen.²² Als Erste kamen seit dem 12. Mai 1945 einige an der Grenze eingesetzte Finanzbeamte und seit 21. Mai eine Handvoll süd-mährischer Bauern. Die weitere Besiedlung erfolgte offenbar durch planmäßige Anwerbung in einigen Dörfern der süd-mährischen Bezirke Hodonín/Göding und Ungarisch Hradisch/Uherské Hradiště.²³ Ein Voraustrupp der Neusiedler aus Petrova sowie aus Boršice und Umgebung traf am 15. Juli 1945 in Hnanice ein; weitere Zusiedler aus diesen Orten folgten in den nächsten Wochen. Unter den ersten 80 zugesiedelten Haushaltsvorständen waren elf alleine aus Boršice und weitere vier aus der Umgebung dieses Dorfes.²⁴ Knapp 90 Prozent der Haushaltsvorstände der Gnadlersdorfer Neusiedler kamen aus Mähren, 27 Prozent aus einem Umkreis von 25 Kilometern, lediglich einer war der Ethnizität nach Slowake; das sind die Ergebnisse der Volkszählung von 1950, die trotz hoher Bevölkerungsfuktuation immer noch annähernd der Gesamtpopulation der Neusiedler entsprechen dürften.²⁵ Wegen der starken Rückwanderung in Folge der Kollektivierung der Landwirtschaft erfolgte 1953 bis 1956 eine „Nachbesiedlung“ des Znaimer Kreises und anderer ausgesuchter süd-mährischer und süd-böhmischer Kreise unter der Devise: „Die Komsomolzen nach dem Altai, wir ins Grenzgebiet.“²⁶

Für die Deutschen bedeutete die tschechische Ansiedelung die langsame Verdrängung und Vertreibung. Innerhalb ihrer eigenen bisherigen Lebenswelt wurden sie zu Fremden. Jeder Deutsche hatte durch eine weiße Armbinde mit dem Buchstaben N für *Němec*, das heißt „Deutscher“, seine Nationalität offen zur Schau zu tragen. Die Deutschen verloren alle bürgerlichen Rechte; ihr Besitz war dem Staat verfallen. Das Schild am Hoftor *Český dům* („Tschechisches Haus“) bezeugte die Übernahme durch einen tschechischen Interessenten.²⁷ Die deutschen Familien wurden in die Gesindestube oder ins Ausnehmerstöckl abgeschoben; andere in leerstehende Kleinhäuser abgesiedelt. Die meisten flüchteten ohnehin vor den permanenten Schikanen und aus Angst vor auswärtiger Arbeitsverpflichtung oder „Konzentrationslager“ im Laufe der nächsten Monate über die Grenze nach Niederösterreich, viele zu Verwandten.²⁸ Vom formellen *odsun* des Jahres 1946 wurden nur noch wenige Deutsche erfasst.²⁹ Der tschechische Dorfchronist Josef Oliva erklärte den Exodus der Deutschen als Flucht vor der wohl verdienten Strafe. Diesen Denkhorizont des zeitgenössischen Nationalismus überwand er aber in der ungefilterten lebensweltlichen Wahrnehmung des letzten Aktes der ethnischen Säuberung: „Odsun kam unerwartet. In der Früh wurde ihnen gesagt, Gepäck, ca. 45 kg vorzubereiten, zu Mittag kommen die Wagen. Für sie war das sehr traurig, ihren Geburtsort zu verlassen.“³⁰ Ein halb tschechisches Ehepaar ist zu Jahresende 1945 noch freiwillig abgewandert; eine bei Bauern mithelfende tschechische Witwe musste wegen „schlechten Benehmens in Landesinnere umziehen“. Zuletzt ist von den Altsiedlern nur die ethnisch gemischte Familie des seinerzeitigen Bürgermeisters František Berger im Dorf verblieben bzw. aus dem Nachbardorf nach Hnanice zurückgekehrt. Der aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrte Sohn Leopold Berger erhielt 1946 nicht die angesuchte Nationalverwaltung, weil er nicht „tschechischer Nationalität“ war.³¹

Der Chronist Josef Oliva

Wie in diesen turbulenten Jahren aus einer zufällig zusammengewürfelten Siedlergeneration ein neues Dorf entstand, dafür steht als Informationsträger vor allem die tschechische Dorfchronik zur Verfügung.³² Eine solche Chronik mussten seit 1920 alle tschechoslowakischen Gemeinden fortlaufend führen und im Gemeindeamt hinterlegen.³³ Hier wurden die wichtigsten Ereignisse des dörflichen Lebens von den politischen Verhältnissen über die wirtschaftliche Entwicklung und die schulische Situation bis hin zu spektakulären Geschehnissen für die Nachwelt eingeschrieben. Es handelt sich um zeitgenössische Aufzeichnungen mit hohem Quellenwert, wenn man auch durchwegs den Standpunkt des Berichtserstatters in Rechnung stellen muss. Die Chroniken sind auch sonst in der tschechoslowakischen Zeitgeschichtsforschung für Mikrountersuchungen gelegentlich verwendet worden.³⁴ Chronist von Hnanice war der 1896 in Lipník nad Bečvou geborene Sattler und Lackierer und seinerzeitige tschechoslowakische „Legionär“ Josef Oliva, der schon im August 1945 von Semtín bei Pardubice nach Hnanice gekommen war und hier als „Nationalverwalter“ eine Landwirtschaft übernahm. Oliva bewirtschaftete seinen Hof gemeinsam mit der Kernfamilie ohne Dienstboten. Er hat sich intensiv am öffentlichen Dorfleben beteiligt und findet sich in allen örtlichen Gremien; 1946 bis 1947 war er Vorsitzender der Molkereikommission, 1947 einige Monate lang Vorsitzender des *Místní Národní výbor* (MNV), des Ortsnationalausschusses. Seine Parteizugehörigkeit in den ersten Nachkriegsjahren ist leider nicht zu ermitteln, doch verweist sein ganzer biographischer Hintergrund auf die Volkssozialistische Partei. Er selbst schreibt, dass er die Verhältnisse innerhalb der Kommunistischen Partei erst seit Anfang 1948 gut kennt, das dürfte mit einem damals erfolgten Parteieintritt in Verbindung stehen. Schon zu Jahresbeginn 1949 zählte er zur kommunistischen Dorfelite. Als selbstbewusster Bauer war er allerdings kein Freund der 1949 angeordneten landwirtschaftlichen Zwangsgenossenschaften, das bekannte er öffentlich anlässlich der ersten Sitzung des „Vorbereitungsausschusses“ der Einheitsgenossenschaft; doch schließlich fügte er sich ins Unvermeidliche und akzeptierte die „Kollektivierung“. 1949 wurde er zum Kassier der Landwirtschaftlichen Genossenschaft gewählt. 1956 war Oliva Ortsbibliothekar.

Der Aussagewert seiner Chronik profitiert von dieser großen Spannweite seiner sozialen Existenz zwischen der linksbürgerlichen tschechoslowakischen Euphorie des ehemaligen „russischen Legionärs“ des Ersten Weltkriegs, dem dörflich-agrarischen Sinnhorizont eines Bauern und den ideologischen Rechtfertigungen als Akteur der sozialistischen Transformation. Nationalismus, bürgerlicher Egalitarismus, Bildungsgedanke, sozialer Aufstiegszwillen und Laizismus sind bei den aus österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen und Desertieren in Russland gebildeten tschechoslowakischen Legionären eine spezifische Mischung mit der kulturbürgerlichen tschechoslowakischen humanitären und demokratischen Idee aus dem nationalen Emanzipationszeitalter eingegangen.³⁵ Auch bei Oliva zeigen sich alle diese Elemente, er war belesen und bildungshungrig, er war der einzige Gnadlersdorfer Neusiedler ohne religiöses Bekenntnis, er vertraute auf die Idee der „Selbsthilfe“ und seine politische Vorstellungswelt war national umgrenzt. An der vom muttersprachlich tschechischen Gnadlersdorfer Pfarrer Homola allerdings auf Deutsch hinterlassenen gedruckten Ortschronik interessierten ihn hauptsächlich die Listen mit den vielen tschechischen Familiennamen als angeblicher Beweis, dass Gnadlersdorf nie ganz deutsch war. Oliva ist vermutlich der einzige Neusiedler mit dem Auftrag zur nationalen Landnahme des Grenzdorfes.

Direkt nationale Invektiven kommen im Text nicht vor; sogar situativ die bereits berichtete Rückkehr zum lebensweltlichen Horizont des Mit-Leidens im *odsun* 1946. Oliva begann die Niederschrift im Jahre 1949 und beendete sie im Jahre 1956. Der erste Teil von 1945 bis 1948 behandelt Hnanice aus der Perspektive eines bildungsbeflissenen nationalbewussten Landwirts. Diesen teils an Hand der Protokolle des Ortsnationalausschusses verfassten Bericht über das neue Dorf ergänzte Oliva durch mehrere, von ihm schriftlich erbetene Stellungnahmen einiger mittlerweile unfreiwillig abgewanderter Zeitzeugen. Eingestreut sind lange Listen der Dorfbewohner und der abgesiedelten oder abgewanderten Neusiedler. Der zweite Teil ist der Kommunistischen Partei und der Landwirtschaftlichen Genossenschaft im Zeitraum 1948 bis 1951, mit einigen unsystematischen Zusätzen bis 1956 gewidmet. Partei und Genossenschaft ersetzen dem jetzt aus Vernunftgründen zum Kommunismus übergewechselten Chronisten das Dorf Hnanice, von dem es sonst nichts mehr zu berichten gab. Der kontinuierliche Erzählstrang bricht allerdings 1951 ab. Vermutlich schien es Oliva trotz Tauzeit der Chruschtschow-Ära – beziehungsweise der ohnehin einer „Liberalisierung“ nur widerwillig folgenden Novotný-Ära – nicht mehr opportun, die stalinistische Ära auszubreiten. Oliva war übrigens der erste tschechische Chronist von Hnanice; der schon im April 1946 ernannte Chronist, der kommunistische Lehrer Josef Krček, hat nicht einmal ein Einschreibbuch gekauft. Zusätzlich zu Olivas Dorfchronik werden in der vorliegenden Skizze die Chronik der tschechischen Minderheits-, nach 1945 der regulären örtlichen Volksschule Hnanice sowie auszugsweise – weil nur partiell erschlossen – die Protokolle des *Místní národní výbor* (Ortsausschusses) Hnanice herangezogen. Eine kirchliche Quelle stand leider nicht zur Verfügung, und daher muss die religionspolitische Dimension der Dorfgeschichte ausgespart bleiben. Die für die Frühzeit herangezogenen lebensgeschichtlichen Interviews mit vertriebenen Deutschen reichen nur bis 1946.

Verzögerter Kontinuitätsbruch?

Gleichzeitig mit der Neusiedlung begann der Aufbau einer provisorischen Verwaltung.³⁶ Der am 14. Mai gebildete *Revoluční Národní výbor* (RNV) (Revolutionärer Nationalausschuss) des benachbarten Ortes Šatov/Schattau erstreckte theoretisch seine Kompetenz auch auf die Gemeinden Hnanice/Gnadlersdorf und Havraníky/Kaidling.³⁷ Auch in Hnanice bildeten spontan die Neusiedler Hradil, Suchánek und Mařák ein *rolnická komise*, eine „Bauernkommission“ unter dem Vorsitz von Urban. Bauernkommissionen waren eine Art von kleinbäuerlicher Interessenvertretung mit dem Recht auf Mitsprache in Besiedelungsangelegenheiten. Im Gegensatz zu den Bauernkommissionen hatten die anderen provisorischen Organe im Grenzland keinen langen Bestand, weil „für die vorläufige Verwaltung der Gemeinden und Bezirke mit einer in der Mehrheit staatlich unzuverlässigen, nicht slawischen Bevölkerung“ die „Verwaltungsfunktionen angeordnet“ wurden und nicht wie sonst im befreiten Staat Nationalausschüsse gewählt werden konnten.³⁸ Der vom *Okresní národní výbor* (Gebietsnationalausschuss) Znaim in Hnanice eingesetzte Kommissär Josef Švarc hatte wie alle diese Kommissäre ziemlich unumschränkte Macht. In seinen Händen lag auch die Siedlungsaktion; er teilte den Interessenten provisorisch die Höfe zu und er hatte großen Einfluss darauf, wer für ein bestimmtes Anwesen den Status eines „Nationalverwalters“ erhielt. Josef Švarc galt unter den Neusiedlern als „germanofil“. Angeblich „behielt er absichtlich eine größere

Anzahl deutscher Familien im Dorf, die selbständig wirtschafteten³⁹. Diese Eintragung in der Schulchronik charakterisiert eine Übergangskonstellation des Jahres 1945, als der mit den Verhältnissen gut vertraute Kommissär eine gewisse örtliche Kontinuität wahren und Härten gegenüber staatsloyalen Deutschen vermeiden wollte. Auch ein deutscher Respondent bestätigte vielfache Hilfestellungen durch den von früher gut bekannten Kommissär. Seine Familie konnte bis zum *odsun* 1946 in ihrem großen, attraktiven Haus verbleiben, weil der Kommissär die zahlreichen tschechischen Bewerber unter Hinweis auf die österreichische Staatsbürgerschaft des Besitzers abwehrte.⁴⁰ Angesichts solcher Erfahrungen sollte man wohl die zeitgenössische Tiefenwirkung des integralen Nationalismus hinterfragen. „Bis jetzt lässt sich [ohnein] nicht eindeutig sagen, ob [in der Nachkriegstschechoslowakei] der radikale Nationalismus [von zentraler politischer Seite] angeheizt wurde oder nicht.“⁴¹ Es ist eher anzunehmen, dass dem dörflichen südmährischen tschechischen Umfeld der Gedanke einer massenhaften ethnisch motivierten Vertreibung erst im Laufe des Jahres 1945 suggeriert wurde. Die von jeher im Grenzgebiet ansässigen, hier die ganze Okkupationszeit verbliebenen oder hierher zurückgekehrten Tschechen dachten eher an eine Art von sozialer Überschichtung durch Rollentausch zwischen reichen deutschen und armen tschechischen Bauern, das lässt etwa ein Zeitzeuge im unweit entfernten Luggau/Lukov anklingen.⁴² Im benachbarten Schattau/Šatov versuchte man den Inhaber der Tonfabrik mit der Aussicht auf Normalisierung der Verhältnisse zurückzuhalten. Ein nach Hnanice zurückgekehrter Grenzbeamter distanzierte sich im Gespräch mit einer Deutschen ausdrücklich von der nationalistischen Exaltation. Die Respondentin erinnert sich:

„Da hab ich zufällig einen Zollbeamten gesehen, weil die haben alle bei uns eingekauft, wir waren ja die einzige Bäckerei. Und der ist dann mit mir rein ins Dorf gegangen. Und dann sagt er, ich geh mit meiner Familie nach Wien. Ich kann nicht mit ansehen, was man mit Menschen macht, mit denen man sich so gut verstanden hat.“⁴³

Die tschechische Dorfchronik berichtet weiters von vielfältigen, vermutlich entgeltlichen Dienstleistungen für die Deutschen, indem man Geldbeträge über die Grenze schmuggelte oder bei der Evakuierung ihrer Habe und des Zugviehs behilflich war. Die dörflichen Handlungshorizonte waren in diesen Beispielen noch nicht völlig von nationalen Kategorien überlagert, da spielten noch wirtschaftliches Nutzdenken für das Dorf, persönliche Bekanntheit oder allenfalls Gewinnabsicht herein. Unter nationalen Gesichtspunkten war das alles Unzuverlässigkeit, wenn nicht Verrat. Ähnliche Konstellationen sind übrigens aus anderen Grenzzonen bekannt, auch dort kritisierten Neusiedler die soziale Nähe autochthoner Tschechen für ihre deutschen Nachbarn. In traditionellen Arbeiterregionen, beispielsweise in Aussig/Ústí nad Labem waren vielfach kommunistische und sozialdemokratische Deutsche in den Ortsnationalausschüssen vertreten, ehe eine Prager Anweisung Anfang Juni 1945 solche Kooperationen mit antifaschistischen Deutschen ausdrücklich untersagte.⁴⁴ Im nordmährischen, früher österreichisch-schlesischen Freiwaldau/Frývaldov sind Anfang Mai sogar übernationale antifaschistische Versammlungen abgehalten und zweisprachige Zeitungen herausgegeben worden.⁴⁵ Insgesamt sieht man, dass lebensweltliche Sinnorientierungen selbst unter diesen eminent national geprägten Verhältnissen vor Ort eine gewisse Ordnungskraft behielten. Diese örtlichen interethnischen Begegnungsformen sollte man gebührend berücksichtigen, wenn man die Durchsetzungskraft des integralen Nationalismus

im Spannungsfeld von angeblicher Spontaneität oder politischer Lenkung verortet. Immer noch nutzten einzelne Bürger und lokale Entscheidungsträger die Möglichkeit, politische Vorgaben und Anordnungen vor Ort situationsbezogen zu deuten, wenn nicht gar zu unterlaufen. Andererseits könnte die Steigerung nationaler Ansprüche mit dem Zuzug weiterer Siedler aus dem Bekanntenkreis der Neusiedler zusammenhängen, weil die ertragreichen Bauerngüter allmählich knapp wurden. Im Neusiedlerdorf Luggau/Lukov entstanden aus solchen Konstellationen handfeste Besitzkonflikte zwischen tschechischen Alt- und Neusiedlern. Solche zeitgeschichtlich relevante Facetten lassen sich tatsächlich erst in einer Zusammenschau von schriftlichen Quellen und lebensweltlichen Interviews erkennen.⁴⁶

Auch die am 9. September 1945 aus der schon größeren Zahl der Neusiedler vom Kreisnationalausschuss ernannte örtliche Verwaltungskommission (*správní komise* – MSK) stand noch unter der Leitung von Švarc. Unter ihren Mitgliedern fand sich der seinerzeitige Gnadlersdorfer Bürgermeister, jetzt František Berger, in Anerkennung seiner national toleranten Haltung, aber auch wegen seiner tschechischen Gattin. Berger wurde am 18. Oktober 1945 von Unbekannten erschossen; sei es von einem Deutschen aus Rache für den Seitenwechsel, sei es von tschechischen Grenzposten oder von einem ertappten Wilderer. An den Trauerfeierlichkeiten in Gnadlersdorf nahmen die verbliebenen Deutschen und die tschechischen Neusiedler teil, die Trauerrede hielt der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses Kommissar Švarc.⁴⁷ Dennoch war mit dem Tod Bergers der letzte Kontinuitätsstrang innerhalb der Dorfpolitik zerrissen. Jetzt wurde auch die Opposition gegen Švarc übermächtig, und zwar vor allem von Seiten des Volkssozialisten Alois Sova, der übrigens mit seiner kleinen Landwirtschaft nicht voll ausgelastet war und privaten Grenzdienst verrichtete. Die Verwaltungskommission beantragte am 20. Dezember eine Neubildung nach dem Schlüssel der paritätischen Vertretung der vier anerkannten politischen Parteien, der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Volkssozialisten und der Volkspartei. Die vom Kreisausschuss auf Grund von Vorschlägen der vier Parteien ernannte neue Kommission wählte in ihrer konstituierenden Sitzung vom 17. Jänner 1946 den Landwirt Tomáš Hlaváček zum Vorsitzenden sowie eine neue Bauernkommission; Kassier des MSK war seit Juni 1946 der Volkssozialist Alois Sova.

„Revolutionäre Unruhe“

Dennoch war der Kontinuitätsbruch nicht leicht zu bewältigen, wenn auch einige der früheren tschechischen Bewohner, insbesondere Finanzbeamte, ins Dorf zurückkehrten. Die Bewohner kamen aus allen möglichen sozialen Verhältnissen und in allen nur denkbaren familiären Kombinationen. Der Chronist Oliva hat eine Liste der Neusiedler (Haushaltsvorstände) auf den einzelnen Häusern („Seznam nových osidlenců a jejich rodin“) der Jahre 1945 bis 1948 mit 80 Eintragungen zusammengestellt. Das Hauptkontingent stellten entsprechend der Werbestrategie Bauern und kleine Handwerker (zum Beispiel sechs Maurer, eine Schneiderin und ein Schneider), jedoch nur zwei „Metallbauern“ aus dem Arbeitermilieu und zwei Straßeneinräumer; dazu kamen als großes Kontingent hier an der Staatsgrenze die Financer und einige Beamte. Diese soziale Zusammensetzung bestätigt eine Analyse der im Jahre 1950 ansässigen Dorfbewohner (Volkszählungsergebnisse). Tschechische und slowakische Remigranten aus Jugoslawien, Rumänien, Österreich und der Ukraine sind in

Hnanice nicht systematisch angesiedelt worden, wohl aber kamen einige wenige zufällig auf ihrer erzwungenen Irrfahrt hierher.⁴⁸ Ein Neusiedler war aus dem benachbarten österreichischen Retzbach zugewandert. Alle Neusiedler waren römisch-katholisch, mit Ausnahme von zwei Evangelischen und dem bekenntnislosen Chronisten Josef Oliva.

Tabelle 6: Hnanice – soziale Herkunft der Neusiedler der Jahre 1945 bis 1948 nach Angaben in der Chronik Hnanice

Bauer („zemědělec“)	Arbeiter	Strassen-einräumer („cestář“)	Handwerker	Finanzbeamter	Beamter	„Bauer u. Lackierer“	unbekannt
33	2	2	25	12	2	1	3

Unter den Neusiedlern finden sich viele ganz junge Familien, oft aber auch nur unvollständige familiäre Konstellationen: eine Schneiderin mit ihrem Sohn, eine Mutter mit mehreren Töchtern, der Lehrer mit seiner Mutter, oft junge, allein stehende Männer, die aufgefordert wurden, sobald wie möglich zu heiraten, ein Elternpaar mit der vergeblichen Hoffnung, ihr Sohn werde das Anwesen übernehmen. Wenn allerdings die ins Dorf zugezogene Braut „keine Ahnung von der Arbeit auf einem Bauernhof hatte, hat er es aufgegeben“ und zog weg. Die familiären Verhältnisse stabilisierten sich nur sehr zögernd. Einerseits bot der Hausbesitz jetzt zwar vielen Tagelöhnern die Möglichkeit einer Eheschließung und Hausstandsgründung. Andererseits waren Scheidungen nicht selten in dieser stark durchmischten und von NS-Okkupation und Krieg geprägten Gesellschaft. Dem Zerfall der Familie folgte regelmäßig der freiwillige oder erzwungene Abzug ins Landesinnere. Die von der Enteignung der Deutschen bewirkte „Relativierung der Rechtssicherheit“ gefährdete die kulturelle Moral.⁴⁹ Das Eigentum der vertriebenen Deutschen war eine leichte Beute, die kein Schloss und Riegel sichern konnte.

„Nach der Aussiedlung der Deutschen wurden alle unbewohnten Häuser geschlossen und versiegelt, aber in kürzester Zeit waren die Siegel aufgebrochen, die Türen geöffnet und die Häuser systematisch ausgeraubt. Aus den Kellern hat man Kartoffeln und Rüben genommen, dann sind Heu und Stroh, Möbel, Kleider, Kücheninventar verschwunden. Auch Maschinen und Werkzeug. Von den Feldern wurden Gemüse und Trauben gestohlen.“⁵⁰

Nur wenige Diebe wurden gefasst und exemplarisch bestraft.⁵¹ Förmliche Raubzüge in deutschen Häusern, wie im benachbarten Kaidling/Havraníky, sind aus Hnanice nicht überliefert. Im benachbarten Šatov beteiligte sich allerdings auch die örtliche Sicherheitswache an den Bereicherungen. Auffallend ist weiters die Häufigkeit von Geldunterschlagung auf Kosten der Allgemeinheit. Manche Gelder versickerten gewissermaßen im bürokratischen Lauf, beispielsweise die noch von den Deutschen eingehobene Milchschilding; unterschlagen wurden auch Erträge der Eiersammlung und Gelder aus dem Fonds zur Errichtung des Gemeindelautsprechers. Beinahe alle neun Vorsitzenden des Ortsnationalausschusses bis 1948 wurden zur Recht oder Unrecht mit Korruption, Geldunterschlagung und Bereicherung in Verbindung gebracht.⁵² Manche Neusiedler kamen überhaupt nur, um sich im Grenzgebiet zu bereichern und dann rasch wieder abzuwandern. Einem Siedler konnte

man deutschen Militärdienst nachweisen, er wurde prompt ausgesiedelt. Hnanice war ein Durchhaus für alle nur denkbaren Lebensexistenzen. Das seinerzeit bis 1945 insgesamt 145 Häuser zählende Gnadlersdorf schrumpfte nach dem erlaubten Abriss von 36 Häusern und dem Verfall weiterer Anwesen bei der Neummerierung im Jahre 1949 auf 90 Häuser. Von Unkraut überwucherte Schuttruinen markierten noch Jahrzehnte später den Standort der früheren Häuser. Auch der übrige Hausbestand verkam zusehends in einer Wirtschaftsadministration, die ihren Hauptakzent auf den Ausbau der Grundstoffindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie legte.

Die Grenzsituation erschwerte die Stabilisierung, obwohl die Grenzeinrichtungen ziemlich rasch wiederhergestellt und besetzt wurden. Selbst ernannte tschechische Grenzwächter patrouillierten mit schussbereiter Waffe die Grenzlinie. Die im Zollhaus untergebrachten sowjetischen Truppen haben „auf alles geschossen, was sie gesehen haben“. „Sehr oft ist eine Kugel an den Menschen, die auf den Feldern gearbeitet haben, vorbeigeflogen.“ Der erste Lehrer nach 1945 trug stets einen Revolver mit sich und stellte in der Schule ein Maschinengewehr auf. Die „grüne Grenze“ gegen Österreich ließ sich nicht wirkungsvoll überwachen. Die örtlichen Deutschen brachten einen Teil ihrer Habe hinüber nach Retzbach; „Grenzgänger“ holten aus ihren ehemaligen Häusern Wertgegenstände oder Hausrat.⁵³ Tschechische und polnische Zwangsarbeiter frequentierten die Grenze, später in umgekehrter Richtung die jüdischen Exilanten aus Osteuropa auf ihrer langen Reise durch Österreich nach Palästina.⁵⁴ Nach 1948 häuften sich die Fälle von illegaler Auswanderung, etwa mit der Absicht, Arbeit in einer ausländischen Bata-Schuhfabrik zu suchen oder in die Fremdenlegion einzutreten.⁵⁵ Vor allem war den sowjetischen Besatzungssoldaten bis 1950 problemlos der Grenzübergang gestattet, was weidlich für diverse Dienste und Leistungen ausgenutzt wurde. Nicht zuletzt war das Grenzgebiet ein Eldorado für Wilddieberei. In diesem sicherheitspolitischen Vakuum musste es zu tragischen Unfällen und Übergriffen kommen. Die Hand in der Tasche zu haben reichte aus, um von einem privaten Grenzwächter erschossen zu werden.⁵⁶ Als der ins benachbarte Retzbach geflüchtete Franz Wick aus seinem Gnadlersdorfer Weingarten Reben holte, wurde er von Grenzwächtern erschossen. Die Ermordung František Bergers ist schon zur Sprache gekommen.

Stabilisierung

Im Laufe der Jahre 1946 bis 1948 haben sich dann doch die örtlichen Verhältnisse stabilisiert. Mit 31. Dezember 1947 waren die Ansiedlungsdekrete für die Neusiedler unterzeichnet; die Kaufsumme von etwa 20.000 Kronen war auf erträgliche Jahresraten zerlegt. Die Neubauern traten in die jeweiligen Rechte der Vorbesitzer, so entstanden Hofstellen unterschiedlicher Größenordnung, mit mehr oder weniger Maschinen, Vieh, Weingärten und ihrem Anteil am Gemeindewald. Der eine tüchtige Bauer arbeitete bis spät in die Nacht hinein, der andere war trotz seiner schon mithelfenden Kinder „mit den Arbeiten immer spät“ dran, wie es so ist unter ländlichen Verhältnissen. Die dörfliche Normerwartung betraf die tradierten Werte von Fleiß, Tüchtigkeit, Innovationsbereitschaft und eben das rechtzeitige Fertigwerden mit der saisonal anfallenden Arbeit, Anbau, Ernte, Dreschen. Die „Metallbauern“ und die seinerzeitigen Handwerker beherrschten bald ihr neues Metier, und auch der Unterschied zwischen den ohnehin wenigen Autochthonen und den Zuwandern war bald verschliffen.

Weil die Felder sehr klein waren, ist man 1947 zur Kommassierung („Verkoppelung“) übergegangen. Das Land wurde neu vermessen, die Gründe nach Tunlichkeit zusammengelegt, die alten Grenzsteine ausgegraben und durch neue aus der Schattauer Tonfabrik ersetzt. Ein Grundstück wurde bei dieser Gelegenheit als Spielplatz für die Schule reserviert.⁵⁷ Zusätzlich erhielten im März 1946 die einzelnen Grundbesitzer auf Antrag nicht benutzte Ackerflächen und Weingärten pachtweise zur Bebauung, wovon die tüchtigen Bauern ausgiebig Gebrauch machten, ohne allerdings damit eine vollständige agrarische Nutzung der ganzen Flur zu erreichen. Einzelne Bauern erhielten die Erlaubnis, ihren Hof zu vergrößern; der Chronist Oliva übersiedelte in ein größeres, mittlerweile wieder verlassenes Anwesen. 1949 wurden die Felder und Weinberge des Gutes Neunmühlen auf die Ortsbauern aufgeteilt. Sogar gewisse Modernisierungstendenzen der landwirtschaftlichen Produktion ließen sich erkennen. Als Zugtiere wurden die hier bisher üblichen Ochsen und Kühe bis 1950 durch Pferde ersetzt. Anfang des Jahres 1948, also noch vor dem Februar, erhielt Tomáš Mařák die Erlaubnis, „mit der eigenen Dreschmaschine ein Gewerbe aufzumachen“.

In Hnanice herrschte die typische saisonal durch behauste Tagelöhner ergänzte Familienwirtschaft des Weinbaugebietes. Die Kernfamilie war bisweilen durch weitere Angehörige ergänzt worden; Dienstboten gab es keine Handvoll im Dorf. Ein einziger Ausgedinger lebte 1950 im neu besiedelten Dorf. Die Hauptlast der Arbeit ruhte auf den bäuerlichen Hofinhabern und den „mithelfenden Familienangehörigen“. Dafür waren bei der Volkszählung 1950 immerhin neun Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Arbeiter unbestimmter Branchenzugehörigkeit, will heißen Tagelöhner, die meisten von ihnen mit einem eigenen Kleinhaus. In diese statistische Kategorie fielen die typischen Mehrfachexistenzen einer traditionellen ländlichen Agrargesellschaft: ein älterer Mann, der sich durch Besenbinden und Taglohn seinen Lebensunterhalt verdiente; ein Rentner, der durch Feldarbeiten, Musik und Nachtwächterdienst seine Invaliditätsrente aufbesserte; ein aus Šatov zugezogener Friseur, der jetzt als Gemeindegemeinsekretär sein Brot verdiente und die Sammlung der Eier übernahm; ein Sattler, der die Riemen reparierte und sonst durch Taglohn über die Runden kam. Die Anzahl der Tagelöhner ist schon in den ausgehenden Vierzigerjahren etwas zurückgegangen. So wurde die Reagrarisierung durch die Anziehungskraft der Industriegesellschaft für Tagelöhner, aber auch nach dem strafweisen Entzug der Nationalverwaltung konterkariert. Viele Abwanderer gingen ins mährisch-schlesische Kohlenrevier Mährisch-Ostrau/Ostrava, einige zum Uranbergbau ins nordböhmische Joachimstal/Jachymov. Wenn die Kinder sich auswärts verheirateten, dann verließen immer wieder auch die Eltern das Dorf. Nur vier Schüler aus Hnanice besuchten im Schuljahr 1945/46 die Znaimer Hauptschule. Doch mehrere Jugendliche haben auswärts, beispielsweise in Znaim und in Brünn, eine handwerkliche Lehre absolviert. Der privilegierte bäuerliche Besitzerstatus hatte seine sozialrechtlichen Nachteile. Die Nationalverwalter waren nicht automatisch sozial- und pensionsversichert. In ganz Hnanice hatten lediglich vier Nationalverwalter solche private Versicherungsverträge. Die Ernteerträge für Getreidefrucht entsprachen dem landläufigen Durchschnitt entsprechend den Witterungsbedingungen. Die guten Traubenernten von 1945 bis 1949 erlaubten nicht nur den Ankauf der notwendigen Fässer, sondern auch die Verlegung elektrischer Leitungen in die Keller.

Tabelle 7: Hnanice: Wirtschaftsklasse der Haushaltsvorstände und Wohnungsinhaber 1950

Wirtschaftsklasse	Anzahl	Prozent
Landwirtschaft	45	64,3
Tonwaren- und Geschirrerzeugung	1	1,4
Bergbau allgemein	1	1,4
Bau- und Baunebengewerbe	1	1,4
Schneiderei	1	1,4
Müllerei	1	1,4
Bäckerei	2	2,9
Schmiederei	1	1,4
Handelsbetrieb allgemein	2	2,9
Finanz/Zoll	4	5,8
Straßenverwaltung	1	1,4
Verwaltung	2	2,9
Gemeindebedienstete	1	1,4
Erziehung/Schulwesen	1	1,4
Kindergarten	1	1,4
Haushalt allgemein	5	7,2
Gesamt	70	100,0

Tabelle 8: Hnanice: Soziale Lage der über 15 Jahre alten Bewohner 1950

Soziale Lage	Anzahl	Prozent
Selbständiger Landwirt	57	28,3
Ausgedinger	1	0,5
Mithelfende Familienangehörige	82	40,7
Beamte undifferenziert	8	4,0
Mittlere Beamte	5	2,5
Niedere Beamte	2	1,0
Leitende Angestellte	1	0,5
Arbeiter unbestimmt	18	9,0
Gehilfe/Hilfsarbeiter	3	1,5
Dienstboten	2	1,0
Hilfe im Haushalt allgemein	5	2,5
Kein Beruf/unbestimmt	2	1,0
Pensionist	11	5,5
Arbeitsunfähig	3	1,5
Schüler/Student	1	0,5
Gesamt	201	100,0

Hnanice war 1950 sozialstrukturell in verkleinertem Maßstab so ziemlich identisch mit seinem Vorgänger Gnadlersdorf anlässlich der Volkszählung 1930. Weiterhin waren zwei Drittel der Haushaltsvorstände in der Landwirtschaft tätig. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist nur gering gestiegen. Auch die soziale Lage der über fünfzehn Jahre alten Bewohner blieb ziemlich deckungsgleich, da die Kategorie „mithelfende Familienangehörige“

der Volkszählung 1930 jetzt 1950 unter „Hilfe im Haushalt allgemein“ lief. Nur drei industrielle Arbeiter gab es im Dorf. Die agrarische Struktur war durch entsprechende Gewerbe ergänzt, wie zwei Bäcker, zwei Greißler, einen Schmied, einen Baumeister sowie einen Schneider mit drei bis vier Beschäftigten und zeitweise auch einer Damenschneiderin. Die bis 1948 in Betrieb gehaltene Neumühle wurde bereits wieder von österreichischen Mahlkunden frequentiert. Selbstverständlich durfte in einem ordentlichen Dorf das Wirtshaus nicht fehlen; das war anfangs in der Hand Zehetners, eines Altsiedlers, der allerdings 1946 abgesiedelt wurde, dann eines Neusiedler Chriptivi. Auch die Kirche hielt man so halbwegs in Ordnung, wenn auch das Geld für eine grundlegende Renovierung fehlte. Das Pfarramt war allerdings von einem Privaten bewohnt; den Angehörigen des ehemaligen Pfarrers Homola, den die Nationalsozialisten vertrieben hatten, wurde die Rechtsnachfolge auf das von ihm erbaute Privathaus verwehrt. Die Anlage eines neuen Friedhofes im Dezember 1947 war symbolisches Zeichen für die Ansässigkeit. Alles in allem wurde Hnanice durch die Neusiedlung wieder zum typischen mährischen Agrardorf, wenn auch das Ortsbild noch durch die vielen Wüstungen geprägt war und kaum finanzielle Mittel zur Verbesserung der Häuser und Infrastrukturen vorhanden waren. Eine private Buslinie verkehrte dreimal täglich zwischen Hnanice und Znaim. Der letzte Pächter des Militärguts Neunmühlen hatte eine Taxikonzession mit eigenem Wagen.

Zur Stabilisierung gehörte auch die Normalisierung der Grenzverhältnisse. Hnanice blieb weiterhin eine wichtige staatliche Grenzstation an der Hauptstraße Retz–Znaim; anfangs war die Finanzwache in der tschechischen Minderheitenschule untergebracht. Dann übersiedelte sie 1946 wieder hinaus zur renovierten Zollstation. Die Finanzer bildeten wie gewohnt einen wichtigen Bestandteil des sozialen Dorflebens, nur dass sie jetzt im Dorf behaust waren und nicht mehr in Miete wohnten. Das Militärgut Neunmühlen wurde von einem Zivilisten geführt, und allmählich stellten sich auch wieder österreichische Mahlkunden ein. Gegen Jahresende 1947 war wieder ein „kleiner Grenzverkehr“, so wörtlich der Chronist Oliva, zwischen Hnanice und Retzbach geduldet. Der Retzbacher Bürgermeister kam nach Hnanice, um über die Reparatur des Grenzweges zu reden. „Bei den Arbeiten entlang der Grenze haben wir oft über Arbeit, Ernte und andere Bauernprobleme geredet. [...] Wir haben Zigaretten getauscht und wir haben uns Wein zum Kosten gegeben.“⁵⁸ Kirche und Frömmigkeitspflege bedürfen noch weiterer Forschungen. Doch ist anzunehmen, dass auch Hnanice nach dem Muster der übrigen Neusiedlerorte, etwa Šatov, schon 1945 oder 1946 seinen Ortskirtag feierte, also auch hier eine „Kirchweihtradition“ konstituiert wurde.⁵⁹

Verordnete Gemeinschaft?

Das war die eine Seite der Geschichte von Hnanice, die sozialstrukturelle Verfestigung und die Rekonstruktion eines eher traditionellen Bauerndorfes. Auf der anderen Seite lässt sich die zunehmende Präsenz politischer Steuerungsfaktoren in der „gelenkten Demokratie“ der ersten Nachkriegsjahre 1945 bis 1948 nicht verkennen. Das ganze politische System stützte sich auf die Institution der *Národní výbory*, der Nationalausschüsse. Dieses vom sowjetischen System entlehnte Verfassungselement findet sich schon im Verfassungsdekret des tschechoslowakischen Präsidenten Beneš vom 4. Dezember 1944. Das entsprechende „Kaschauer Regierungsprogramm“ wurde am 5. April 1945 von der tschechoslowakischen

Regierung gebilligt und veröffentlicht.⁶⁰ Die auf allen Ebenen – von den Orten über die Kreise bis hinauf zu den Ländern – eingerichteten Nationalausschüsse vereinigten die Befugnisse der früheren Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Bezirke und Länder mit den Befugnissen der bisher staatlichen Verwaltung der politischen Bezirksbehörden und der Landesbehörden. Damit wurde aber nicht nur die Doppelgleisigkeit von staatlicher und autonomer Verwaltung aufgehoben, sondern auf den genannten Organisationsebenen auch die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive.⁶¹ Lediglich auf Gesamtstaatsebene blieb formal das System der Gewaltenteilung durch eine gewählte Nationalversammlung und ihr verantwortliche Regierung bestehen. Der ganze bisherige autonome und staatliche Verwaltungsapparat war damit zerschlagen. Realpolitisch bildete das höchste politische Organ des Staates die sogenannte „Nationale Front“, eine Assoziation aus den wieder zugelassenen tschechischen und slowakischen Parteien; das sind die Kommunisten (*Kommunistická strana Československa*, KSC), die Tschechoslowakischen Volkssozialisten (*Československá strana národně socialistická*), die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei (*Československá sociální demokracie*) und die Tschechoslowakische Volkspartei (*Československá strana lidová*) als tschechische Parteien sowie die Demokratische Partei der Slowakei (*Demokratická strana*) und zwei weitere slowakische Kleinparteien. Als „regulierte Demokratie“ hat man zeitgenössisch diese Machtkonzentration in der Hand weniger Parteien bezeichnet.⁶² Generell demokratiepolitisch bedenklich war, abgesehen von der Entrechtung der Deutschen und Ungarn ohne Nachweis individueller Schuld, die Nichtzulassung der Agrarier als ehemaliger mittelbäuerlicher Partei und der bürgerlichen Nationaldemokraten.⁶³ Die bürgerlichen Freiheitsrechte blieben in den ersten drei Nachkriegsjahren im Kern bestehen, trotz der großen kommunistischen Machtfülle in den entscheidenden Ministerien, vor allem im Innenministerium. Unbestritten war unter den politischen Parteien die Kombination demokratiepolitischer Ziele mit einer neuen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten bisher minder privilegierter Schichten. Auf dieser Linie lag nicht nur die Enteignung der Deutschen und Ungarn, sondern auch die Nationalisierung der großen Industrie und der Banken im Oktober 1945. Der Linksruck des politischen Spektrums und der öffentlichen Meinung war eine Folge der dramatischen Erfahrungen der Okkupations- und Kriegszeit. Jetzt galt die Sowjetunion an Stelle der unzuverlässigen Westmächte als Garant der staatlichen Souveränität gegenüber einem revitalisierten deutschen Nationalismus.

Die Nationalausschüsse wurden in der ersten Periode im tschechischen Landesteil paritätisch von den vier Parteien Kommunisten, Sozialdemokraten, Volkssozialisten und Volkspartei besetzt. Bei den nominell abgehaltenen Wahlen konnte man nur pauschal die Kandidatenliste des örtlichen Koordinationsausschusses der Nationalen Front bestätigen oder ablehnen. In der nächsten Phase wurden ihre Mitglieder entsprechend den örtlichen Ergebnissen der Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom Mai 1946 von den Parteien nominiert. In den böhmischen Ländern, die heute das Staatsgebiet der Tschechischen Republik umfassen, erlangten die Kommunisten 45,2 Prozent der Mandate der Ortsnationalausschüsse, die Volkspartei 22,9 Prozent, die Volkssozialisten 17,7 Prozent, die Sozialdemokraten 13,2 Prozent; 1,4 Prozent ließen sich keiner Partei zuordnen.⁶⁴ Damit war die kommunistische Präsenz bei den Ortsnationalausschüssen noch deutlicher als der Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen insgesamt in den böhmischen Ländern. (Die KSC erreichte bei den Parlamentswahlen 40,17 Prozent der Stimmen, die Volkssozialistische Partei 23,66 Prozent, die Christlichsoziale Volkspartei 20,23 Prozent und die Sozialdemokraten

15,59 Prozent.) Die neu besiedelten Gebiete wählten damals mehrheitlich kommunistisch,⁶⁵ die „mit neuen Bewohnern aus dem Binnenland ganz besiedelten Gebiete“ Böhmens sogar zu 79 Prozent.⁶⁶ So war es in Stadt und Land, wobei besonders der Unterschied zur überwiegend christlichsozialen Wählerschaft der binnenländischen mährischen Landgemeinden ins Auge fällt.⁶⁷ Auf diese Weise erlangte die KSČ „eine souveräne Position im Grenzland, wo die ärmsten Schichten der Bevölkerung aus dem Landesinneren den Besitz der ausgesiedelten Deutschen übernahmen; sie führten diese Geschenke auf die Politik der Kommunisten zurück“.⁶⁸ Diesem auf Regionalebene untersuchten Trend entsprechen die Wahlergebnisse von Hnanice.⁶⁹ Die Kommunistische Partei war im Dorf ohnehin die weitaus am besten organisierte Partei mit absoluter Stimmenmehrheit bei der Parlamentswahl 1946. Die mit einer Hofstelle versehenen Bauern waren beinahe alle kommunistisch, das schien vorläufig kein Widerspruch zu ihrem Status. Die Kommunistische Partei wurde wie durchwegs in diesen neuen Bauerndörfern förmlich zur „Volkspartei“.⁷⁰ In die Christliche Volkspartei waren lediglich sechs Mitglieder eingeschrieben, nur ein Bauer war sozialdemokratisch und einer Volkssozialist. Einige Sozialdemokraten fanden sich unter den Finanzern, die allerdings hier in Hnanice das soziale Substrat der tschechischen Volkssozialisten bildeten, übrigens die härtesten Gegner der Kommunisten.

Tabelle 9: Hnanice: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen Mai 1946

Wähler	KSČ	ČSL	ČSD	ČNS
161	79	32	26	24

Quelle: *Historický místopis Moravy a Slezska v letech 1848-1960. Svazek IX. Okresy: Znojmo, Moravský Krumlov, Hustopeče, Mikulov, Ostrava 1984, 64.*

Erklärungen:

KSČ: *Kommunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)*

ČSL: *Československá strana lidová (Tschechoslowakische Volkspartei)*

ČSD: *Československá sociální demokracie (Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei)*

ČNS: *Československá strana národně socialistická (Tschechoslowakische Volkssozialisten)*

Unter diesen verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen hatte die örtliche Verwaltung der Nachkriegszeit nicht mehr viel Ähnlichkeit mit jener der traditionellen Gemeinde. Die Ortsnationalausschüsse räumten den lokalen Entscheidungsträgern erheblich mehr Kompetenzen in der Organisation des Dorflebens ein als seinerzeit die klassische Gemeindeverwaltung.⁷¹ In die Befugnis des MNV fielen beispielsweise Handel, Gewerbe und Genossenschaften, die Verpflegung, Land- und Forstwirtschaft und seit einer Kundmachung des Innenministeriums vom 27. Juni 1947 auch die Sicherheitskompetenzen unter Auffassung der lokalen Ämter der bisherigen staatlichen Polizei.⁷² Diese erhebliche Machtfülle bewältigte der Ortsnationalausschuss Hnanice mit gewählten Kommissionen für alle relevanten wirtschaftlichen und sozialen Bereiche. Eine solche Kommission gab es beispielsweise je eine für Finanzen und für Landwirtschaft, eine Baukommission und einen „Kirchenausschuss“. Schon 1945 bestand eine Molke-reikommission mit einem Vorsitzenden und einer hauptamtlichen Milchsammlerin, seit 1946 eine Eiersammelstelle mit einer Teilzeitbeschäftigten – eine im tradierten Dorfkontext typisch weibliche Beschäftigung. Dann entstand 1946 eine Kommission aus Vertretern der politischen Parteien zur Ausschreibung der Landessteuer und der Unfallfolgen. Eine wichtige steuernde

Rolle spielte auch der im Prinzip überparteiliche *Jednotný svaz českých zemědělců* (Verband der Landwirte) mit seiner Ortsorganisation. Der Gemeindekataster wurde neu eingeteilt, die alten deutschen Flurnamen durch erfundene tschechische ersetzt, von der Bevölkerung allerdings nicht angenommen.⁷³

Komitees regelten auch die Bildungsbelange. Schon am 20. Dezember 1945 wurde ein dreiköpfiges Schulkomitee gewählt, um den am 11. November 1945 aufgenommenen Lehrbetrieb zu unterstützen. Die Organisationsanliegen erweiterten sich sukzessive um kulturelle Fragen. Ein *osvětová rada*, ein „Aufklärungsrat“ unter dem Vorsitz des ersten Lehrers Vilém Mahr und unter der Beteiligung Josef Olivas sowie des Beamten Josef Jodas sollte schon seit Winter 1945/46 durch „freiwillige Aufklärung“ Licht und Bildung ins Dorf bringen. „Kurse für die Jugend wird Krček führen“, das war der nunmehr kommunistische Schuldirektor, beschloss der Ortsausschuss im November 1946. Eine wichtige Aufgabe des Aufklärungsrates war der Aufbau einer Ortsbibliothek. Die vielen im Ort vorhandenen deutschen Bücher hat man „vernichtet“; mit der tschechischen Bibliothek musste man klein anfangen. Anfangs verlieh Oliva unentgeltlich seine privaten 400 Bücher. Spendenaktionen und der Gewinn diverser Feste vermehrten den Bestand. Außerdem borgte eine Znaimer Wanderbibliothek jeweils zwanzig Bücher monatlich. Direktor Josef Krček erfüllte sein Versprechen, die Bibliothek bis Jahresende 1948 auf 1.000 Bücher aufzustocken. Nach der kommunistischen Machtübernahme ehrte Hnanice den neuen Staatspräsidenten durch die nach ihm benannte „Gottwald-Bibliothek“. Die ehemalige deutsche Schule wurde als „Kulturhaus“ eingerichtet. Später plante man die Errichtung eines Neubaus. Die laizistische Ausrichtung des Staates bestätigt die im Oktober 1947 staatlich verordnete Arbeitspflicht für den 8. Dezember, Maria Empfängnis.

Man hat das System der Nationalausschüsse im Sinne einer Stärkung der lokalen Selbstverwaltung interpretiert. Schon das normgebende Kaschauer Programm betonte die demokratiepolitische Seite einer volksnahen politischen Verwaltung. Auch im tagespolitischen Geschehen war häufig die Rede von einer neuen Qualität im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern und von den bürgerfreundlichen Sicherheitsorganen im Gegensatz zur seinerzeitigen Gendarmerie. Das hörte sich als Programm gut an, war aber nicht leicht zu realisieren. Ein Hemmnis war schon die fehlende Sachkompetenz der zur umfassenden Selbstregulierung berufenen Bürger sowie der ihnen abverlangte hohe Aufwand an Kraft und Zeit. So kam es, dass die Funktionsträger mit guten Gründen und Ausreden auf die Familie, Gesundheit und Arbeitsbelastung in ihren Wirtschaften häufig den Sitzungen fernblieben, die aufgetragenen Pflichten vernachlässigten und oft ihre Ablösung nötig machten, das kritisierte der Chronist Josef Oliva und ergänzte als Begründung, weil „jeder Funktionär mehrere Funktionen hat, in der Partei, im MNV, im Verband der tschechischen Landwirte, in der Landwirtschaftskommission, und noch dazu in den diversen kulturpolitischen Vereinen“.⁷⁴ Auch der häufige, beinahe halbjährige Wechsel der Ortssekretäre (*tajemníci*) sowie die vielen Fälle von Unterschlagungen von öffentlichem Gut verweisen auf systemische Strukturmängel und ein fehlendes Beamtenethos.

Was sonst die Folgen dieser Durchorganisation der dörflichen Gesellschaft anbelangt, so ist zuerst einmal zu bedenken, dass sie dem Staat weitaus mehr Eingriffsmöglichkeiten als die herkömmliche Gemeindeautonomie bot. Vor allem die Wirtschaftsverwaltung fand im neuen System den entsprechenden Partner. So hatten die Ortsnationalausschüsse im Jänner 1947 Art und Umfang ihrer Produktionsleistung im Rahmen des Zweijahresplans festzu-

legen. Immerhin hielten sich die Kennzahlen im Rahmen des Leistbaren und außerdem garantierte der Staat den Absatz zu produktionskonformen Preisen, so dass man mit diesem System wirtschaften und leben konnte. Eine wichtige Steuerungsfunktion übte der Staat sodann durch die Vergabe von Krediten und durch die Zuteilung von Kaufslizenzen für landwirtschaftliche Maschinen aus. Nur Genossenschaften konnten Geräte zur rationellen Bodenbearbeitung und Erntegeräte erwerben. Diese Vorschrift ließ sich gegebenenfalls durch rechtliche Konstruktionen unterlaufen. Als das Brüderpaar Jan und Josef Martinek von seinen amerikanischen Verwandten eine höhere Geldsumme zum Ankauf eines Traktors erhielt, gründete einer der Brüder eine Maschinengenossenschaft, die im Herbst 1948 den Traktor ankauft und sofort gewinnbringend für Ackern und Aussaat einsetzte. Solche Maschinengenossenschaften sind 1947/48 auch in mehreren Nachbarorten entstanden. Sie waren eher Zeichen privatwirtschaftlicher Tüchtigkeit als obrigkeitlicher Lenkung. Nicht zu übersehen ist ferner die Erleichterung des staatlichen Zugriffs durch die Verdichtung des Kommunikationsnetzes. Nach der Eingliederung ins Telefonnetz im Jahre 1947 ließ sich der Vorsitzende des Ortsnationalausschusses mit dem Postminister verbinden, dankte ihm für die Telefonverbindung und lud ihn zur Weinverkostung nach Hnanice ein.

Sodann ist bei der Beurteilung der Nationalausschüsse die starke landesweite Präsenz der straff geführten und auf allen Verwaltungs- und Betriebsebenen bestens organisierten Kommunistischen Partei zu berücksichtigen. Es steht wohl außer Zweifel, dass die KSČ speziell hier im Neusiedelgebiet alle Möglichkeiten nützte, ihre Anhänger in die wichtigen Positionen zu bringen, günstige Mehrheiten in den Gremien zu schaffen, die Meinungen zu steuern und dass vor allem sie von der Aufhebung der Gewaltenteilung und der Einschränkung der Dorfföfentlichkeit profitierte. Eine Schule der Zivilgesellschaft waren die Nationalausschüsse sicher nicht. Dennoch war der dörfliche Gestaltungsraum innerhalb des Staatsgefüges ziemlich weitläufig. Man gewinnt den Eindruck, dass die ausgedehnte lokale Kompetenz das politische Selbstwertgefühl der neuen Dorfbrogrigkeit ziemlich bestärkte. Ordnungskonflikte des Dorfes, respektive einer relevanten Dorfgruppe mit dem Staat sind aus dieser Periode nicht überliefert. Ob das Dorf oder die „Neusiedler“ insgesamt „mehr auf die [schon kommunistisch durchsetzten] Organe der Staatsverwaltung“ als Dörfer des Binnenlandes angewiesen waren, lässt sich mangels an methodisch vergleichbaren Untersuchungen nicht wirklich belegen.⁷⁵ Man könnte auch umgekehrt von einer weitgehenden Übereinstimmung in den Zielvorgaben zwischen Staat und überwiegend kommunistischen Neusiedlern ausgehen.

Der eigentliche Bruch mit zivilgesellschaftlichen Prinzipien betrifft ohnehin weniger das Verhältnis zwischen Dorf und Obrigkeit als die Überregulierung zu Lasten von individueller und gruppenspezifischer Entfaltungsfreiheit. In die ausschließliche oder partielle, mit dem Kreisnationalausschuss geteilte Kompetenz des MNV fielen beispielsweise das Ansässigkeitsrecht, die Entscheidung über den Status als Nationalverwalter und die Zuerkennung der Bildungsmöglichkeiten für die Kinder. Die ganze soziale Existenz der Neusiedler hing vom Wohlwollen der Nationalausschüsse ab. Die Neusiedler wurden zu Jahresende 1945 systematisch auf ihre moralische, soziale und wohl auch politische Grenztauglichkeit geprüft. 13,5 Prozent der Siedler haben landesweit diese Prüfung nicht bestanden und mussten samt Familie unter Zurücklassung des ganzen Betriebseigentums ins Binnenland zurückkehren.⁷⁶ Das seinerzeit gegen die Deutschen praktizierte Mittel der Aussiedlung wurde nun zum Mittel politischer Steuerung im eigenen Land. Die Kommissionen legten übrigens an die

„Nationalverwalter“ der landwirtschaftlich ergiebigen südmährischen Grenzbezirke sowie gewisser nordwest- und nordmährischer Bezirke weitaus höhere Normen an als an Neusiedler weniger attraktiver Gegenden. In Hnanice waren damals vier Familien vom Entzug der Nationalverwaltung bedroht, zwei wurden 1946 tatsächlich ausgesiedelt, und zwar die ganze Familie Helisek, Vater und erwachsene Söhne, auf ihren beiden Höfen. Weitere Aussiedlungen der Jahre 1948 bis 1950 betrafen Fälle persönlicher Verfehlungen und kleine Rechtsverletzungen. In alle diese Entscheidungen sind vielfach moralische Wertungen einfließen. Daraus ergab sich jene bedenkliche Auflockerung der Grenze zwischen privat und politisch sowie individuell und kollektiv, die dann in der stalinistischen Ära so verhängnisvoll werden sollte.

Unter einem lebensweltlichen Gesichtspunkt ist es dennoch fraglich, ob das Dorf diese organisierte „Vergemeinschaftung“ als Widerspruch zur kommunalen Selbstbestimmung und zur Erhaltung bürgerlicher Rechte sah. Viele Elemente der neuen Ordnung standen in Kontinuität zum traditionell ohnehin hohen genossenschaftlichen Organisationsgrad der tschechischen Landwirtschaft. Die Bauern waren diese Koordination von individuellem Wirtschaften und überbetrieblicher Einbindung längst gewöhnt und empfanden sie wohl auch jetzt nicht als unerträglichen Eingriff in ihre Hofautonomie. Auch das ganze geschulte Bauerntum der Landwirtschaftsvereine, Fachblätter und Kurse könnte die Akzeptanz der neuen wirtschaftlichen Ordnung erleichtert haben. Nicht zu übersehen ist der kräftige nationale Elan dieser Nachkriegszeit. Endlich war nach einem Jahrhundert nationaler Selbstvergewisserung und nach dem Überleben echter existentieller Bedrohung das nationalstaatliche Ziel ethnischer Homogenisierung erreicht. Es schien nur folgerichtig, wenn der Staat neuerdings größere wirtschaftspolitische Verantwortung und mehr soziale Regelkompetenz mit dem Ziel einer besseren Verteilung von Reichtum und Lebenschancen beanspruchte. Auch die allgemeine Mangelsituation begründete die Notwendigkeit von Staatseingriffen, so schwer sie den Bauern fielen, wie beispielsweise das im Oktober 1947 verhängte Verbot des Verkaufs von Schweinen über 50 Kilogramm. Unerlässlich war in dieser Nachkriegsgesellschaft die Rationierung der Textilien durch die Ausgabe von Bezugsscheinen. Schließlich ist der bedeutende Linksruck zu bedenken, der die ganze tschechische Gesellschaft erfasste und mit der nationalen Idee so eng verschwistert war. Der Wunsch zur fundamentalen Veränderung von Staat, Gesellschaft und Kultur war weit verbreitet. So sprach Präsident Beneš im Dezember 1945 vor der Prager Karls-Universität von einer „Öffnung der Tore zur Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen im sozialisierenden Sinne“. Die Neusiedler hatten ohnehin von dieser national argumentierten Umverteilung profitiert, und im Gegenzug standen sie zu diesem neuen Staat und vor allem zur KSČ als Verteiler der neuen Lebenschancen. Schließlich ließ sich auch die tradierte Idee der nationalen „Selbsthilfe“ mit dem aktuellen nationalen Aufbauwerk verbinden. „Selbsthilfe“ war auch in Hnanice das Schlüsselwort beim Aufbau der örtlichen Bibliothek, daran erinnerte der Ortsvorsitzende Josef Oliva im Herbst 1947 die Gemeindegossen anlässlich der Kampagne zur Errichtung einer örtlichen Lautsprecheranlage.

Auch die am Formenrepertoire der Zwischenkriegszeit orientierte nationale Festkultur leistete ihren Beitrag zur Akzeptanz des politischen Übergangssystems einer – in Eigen diktion – „Volksdemokratie“. Die staatlichen Gedenktage kamen erneut zu ihrem Recht. Der MGV erinnerte am 7. März 1946 in einer Schweigeminute an den ersten tschechoslowakischen Staatspräsidenten Tomáš G. Masaryk. Den Geburtstag des Präsidenten Edvard

Beneš am 28. Mai beging der Ort schon 1946 „unter größter Beteiligung der Bevölkerung“. Diese aus der habsburgischen Tradition, damals von Kaisers Geburtstag, hergeleitete paternalistische nationale Facette ergänzte die Befreiungsfeier vom 9. Mai durch eine martialisch-kämpferische Note. Sie verortete das nationale Selbstwertgefühl im höheren Zusammenhang des Sieges über den Faschismus und im Dank an den Befreier Sowjetunion. Erstmals wurde die Befreiungsfeier 1946 durch eine öffentliche Versammlung und ein Schülerprogramm feierlich inszeniert.⁷⁷ Im Schuljahr 1946/47 gab es zu diesem Anlass eine „Festliche Akademie“ im Kulturzentrum mit einem gemeinsam von der Schülerschaft mit dem *Svaz brannosti* (Verband der Wehrhaftigkeit) bestrittenen Programm.⁷⁸ Eine örtliche tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaftsorganisation erneuerte durch gelegentliche Vereinsabende und Vorträge die traditionelle Russophilie. Dazu kamen ein „Bündnis der Kämpfer gegen den Faschismus“ und „verschiedene kleine Vereine“.⁷⁹ Doch auch eine schulische Weihnachtsfeier ist 1946 überliefert. Bei dieser Gelegenheit verteilte man die vom Amerikanischen Roten Kreuz gespendeten Gaben; jedes Kind erhielt sein Geschenkpackchen und die Schule Kakao, Suppenkonserven und Mehl zur Kinderauspeisung über den Winter.⁸⁰ Das dritte geschichtswürdige Ereignis war der Staatsgründungstag vom 28. Oktober 1918. An diesem Tag bewies das Dorf seine nationale Solidarität durch „Nationalarbeitsschichten“ zur Hilfeleistung bei einzelnen unverschuldet in Not gelangten Bauern oder zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben wie Straßen- und Wegeerhaltung. Das Datum der Staatsgründung verknüpfte Hnanice außerdem mit der Erinnerung an ein örtliches Ereignis, und zwar mit dem Tod des Grenzwachebeamten Otmar Chlup in den militärischen Auseinandersetzungen zwischen tschechoslowakischen Grenzeinheiten und sudetendeutschen Freikorps in Gnadlersdorf/Hnanice am 22. September 1938. Ein früherer Kollege von Chlup, der 1945 nach Hnanice zurückgekehrte Finanzwachebeamte František Bernat, und dann auch Kubásek sammelten unter den Grenzwachebeamten die ansehnliche Summe von 6.000 Kronen für das am 28. Oktober 1946 unter großer Beteiligung festlich enthüllte Denkmal beim wieder errichteten Zollamt. Da waren sogar die Znaimer Garnison mit einer Abordnung vertreten und die Turnerorganisation der Sokoln sowie natürlich das ganze Dorf Hnanice und viele Bewohner der Nachbarorte Šatov und Havraníky. „Auch seine Eltern sind gekommen, seine Witve und Verwandten. Es war ein schönes Fest, einige Reden. Sie haben versprochen: Wir werden uns jedes Jahr hier treffen.“ Auch den 28. Oktober 1948 beging man feierlich unter Beteiligung der ganzen Bevölkerung von Hnanice. Die Rede hielt der kommunistische Schuldirektor Josef Krček. Dieses Mal verkaufte man Eintrittskarten für den Wert eines Ziegels zum Bau des Kulturhauses in Hnanice. Die kommunistische Ära setzte Anfang 1948 die Tradition durch ein neues, vom Kreisnationalausschuss Znaim im Stil „Unvollendetes Leben“ in Auftrag gegebenes Denkmal fort. Doch schon 1948, ein halbes Jahr nach der kommunistischen Machtübernahme, wurde der Beschluss gefasst, die Feiern vom bürgerlich-nationalen Gedenktag der Republikgründung abzulösen, in den Ortskontext zurückzustufen und künftig jeweils Sonntag nach dem 22. September, dem Todestag von Otmar Chlup, abzuhalten. Überhaupt missfiel den Kommunisten diese ganze selbstbestimmte örtliche Traditionspflege, noch dazu angesichts ihrer engen Bindung an das traditionell antikomunistische national-soziale Milieu der Grenzer und der Sokoln. 1950 trafen sich nur noch „ein paar Leute“ zur Chlup-Feier, seine Verwandten, der Leiter der Znaimer Militäreinheit und fünf Ortsbewohner. Die Sokoln organisierten damals in Znaim eine Gedenkfeier für Chlup. Seit 1950 gab es keine Feier mehr. Mittlerweile waren der Grenz-

übergang aufgelassen und die Grenzstation geschlossen worden. Den Mittelpunkt örtlicher politischer Festkultur bildete nunmehr der 1. Mai.

Der *Coup de Prague* in mikrogeschichtlicher Abwandlung

Ideologisch profilierte Parteipolitik spielte im öffentlichen Leben unter dem Deckmantel der verordneten und gelebten „Gemeinschaftsgesinnung“ des Dorfes Hnanice der ersten drei Nachkriegsjahre nur eine sekundäre Rolle. Die große Politik brachte zwar Gesprächsstoff ins Dorf und gab den Parteien Argumentationsmaterial, doch sie fraktionierte nicht die ländliche Gesellschaft in feindliche Gruppierungen. Das änderte sich schlagartig im Herbst 1947, seither wurde auch das bescheidene Grenzdorf Hnanice von den großen politischen Auseinandersetzungen erfasst und fragmentiert. Ein Vorgeplänkel war die sogenannte Kampagne für die örtliche Lautsprecheranlage, in zeitgenössischer Diktion „Ortslautsprecher“ (*rozhlas v Hnanicích*). Zur Erklärung ist etwas weiter auszuholen. Im Jahr 1947 gewährte der Staat den von der Trockenheit besonders stark betroffenen Orten eine gewisse Ausgleichshilfe, 140 Kronen pro Hektar, die der Vorsitzende des MGV zu verteilen hatte. Josef Oliva führte den versammelten Bürgern vor Augen, „wie viel böses Blut die Verteilung des Geldes bringen würde“, und schlug alternativ die Widmung der Gesamtsumme für die Errichtung einer örtlichen Lautsprecheranlage vor. Alle anwesenden Bürger stimmten dem Vorschlag zu und auch den beiden Abwesenden wurde die Zustimmung abgepresst, so dass in wenigen Monaten der „Ortslautsprecher“ angeschafft wurde. Was so harmlos klingt, war ein Widerhall nationalpolitischer Konstellationen. Seit Monaten beschäftigte die Finanzierung der Dürreschäden das Prager Parlament, wobei die KSČ eine „Millionärssteuer“ für alle größeren Vermögen von zwei bis zwanzig Prozent durchsetzte, um auch den Mittelbesitz zu treffen. An der Auseinandersetzung um das Gesetz ist die Sozialdemokratische Partei in einen linken, kommunistisch orientierten und einen rechten, westlich orientierten Flügel zerbrochen. Der Umverteilungseffekt des Gesetzes hielt sich dann ohnehin in engen Grenzen, wichtiger war das politische Kapital, das die Kommunistische Partei aus solchen populistischen Aktionen schlug. Sie konnte sich als Bauernpartei profilieren, und als Dank für so viel Engagement widmeten die Orte die Ausgleichszahlungen für den Ortsrundfunk. So war es überall in der näheren Umgebung von Hnanice, beispielsweise in Bezkov/Weskau, und so war es in unzähligen Dörfern des ganzen Landes. Vor Ort lief die Propaganda in Hnanice unter dem alten Schlagwort der nationalen „Selbsthilfe“ (*svépomoč*), um – so Oliva wörtlich – endlich durch gemeinschaftliche Anstrengung eine Leistung „für die Allgemeinheit und für die Verbesserung der Gemeinde (*obec*) zu erbringen“, nachdem sich jeder bisher „nur um die Verbesserung seiner Wirtschaft“ gekümmert habe. Sogar die nationale Zweckbindung brachte Oliva ins Spiel, „eine Einrichtung [zu] bauen, die nicht nur uns dienen wird, sondern auch unseren Kindern und sie uns nicht vorwerfen können, dass wir für sie nichts taten und wir alles so ließen, wie wir es von den Deutschen übernahmen.“ Die Lautsprecheranlage wurde anfangs für amtliche und private Zwecke genutzt. „Manche Einwohner haben ihre Schallplatten hergeschenkt und zu einer geringen Gebühr ließ der Nachbar dem Nachbarn aufspielen und hat man zu Geburtstagen und zu anderen Gelegenheiten Musik spielen lassen.“⁸¹ Kurz gesagt, der Ortsrundfunk entwickelte sich spontan zu einem Medium tradierter dörflicher und nachbarschaftlicher Öffentlichkeit. Doch der

Zauber hielt nicht lange an. „Nach einem Jahr wurde das Plattenspielen verboten“; jetzt war der Ortsrundfunk nur noch ein Medium politischer Steuerung und Lenkung im „sozialistischen Dorf“.

Doch zurück zur Chronologie der laufenden Ereignisse im Entscheidungsjahr 1948. Das nächste große politische Thema waren die Parlamentswahlen im Mai 1948. Die örtliche KSČ hat das Klima gut aufbereitet. Hier im ländlichen Umfeld ging es vor allem darum, den Bauern die unterschwelligen Ängste vor einer Kollektivierung der Landwirtschaft zu nehmen. Auf der örtlichen Parteisitzung vom 16. Februar 1948 wurde wieder einmal ausführlich das Thema behandelt und sogar ein Parzellierungsgesetz der kirchlichen Güter in Aussicht gestellt. Im März fuhren Hynčica und Hlaváček, zwei Vertreter von Hnanice, zu einer Konferenz der Agrarkommission nach Prag, und sie brachten den Bauern erneut die Zusicherung der unveränderten Besitzordnung.

Mittlerweile war der *Coup de Prague* über die Bühne gegangen und hatte seine Schatten über Hnanice geworfen. Die kommunistische Machtübernahme erfolgte bekanntlich unter Ausnutzung einer Regierungskrise, als die Minister der Volkssozialisten, der Volkspartei und der Slowakischen Demokraten aus Protest gegen die Personalpolitik des kommunistischen Innenministers am 20. Februar dem Staatspräsidenten ihre Demission anboten. Sofort eröffnete die KSČ eine landesweite Kampagne gegen diesen angeblichen Bruch der „Nationalen Front“. Schon in den nächsten Tagen wurde in Hnanice eine „Versammlung aller Bürger“ einberufen, die pflichtgemäß in einer Resolution die Kommunistische Partei als Retter in der Regierungskrise anpries und den Staatspräsidenten Beneš aufforderte, die Demission der Minister der Volkspartei, der Volkssozialisten und der Slowakischen Demokraten anzunehmen. Eine neue Regierung (wieder) unter dem Kommunisten Klement Gottwald sollte mit willigen „bürgerlichen“ Ministern das Land führen. Das versammelte Hnanice nahm diesen vom Schuldirektor und kommunistischen Ortsparteivorsitzenden Krček formulierten Text widerspruchslos hin. Lediglich zwei Mitglieder der Volkssozialisten, Jan Krčál und Alois Sova, verließen die Versammlung vor der einstimmigen Beschlussfassung. (Die beiden haben dann doch wieder als wichtige Wortführer zurück in die Ortshierarchie gefunden.) Staatspräsident Beneš hat am 25. Februar dem Druck nachgegeben und dem neuen Koalitionskabinett Gottwald zugestimmt. Mittlerweile war die kommunistische Machtergreifung längst in Gang gekommen. Sogenannte Aktionsausschüsse aus Kommunisten und einigen willfährig gemachten Vertretern der übrigen Parteien bildeten landesweit den inneren Kern der Umwälzung.⁸² Aktionsausschüsse wurden auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen vom Parlament abwärts bis zu den Kreis- und Ortsnationalausschüssen und den formell weiter bestehenden Parteien, nicht aber der Kommunistischen Partei eingerichtet. Wer nicht in ihr Konzept passte, wurde aus den Gremien entfernt, im Extremfall ohne Gerichtsverfahren eingesperrt oder sonstwie politisch mundtot gemacht; diese „Säuberungsaktion“ dauerte bis zum 21. Juli 1948. Ein Gesetz sanktionierte die Säuberungen, und zwar „auch in den Fällen, die nicht im Einklang mit den entsprechenden Anordnungen“, also rechtswidrig waren.⁸³ Vorsitzender des „Aktionsausschusses der Nationalen Front“ von Hnanice war der Kommunist Musil; dem Aktionsausschuss gehörte weiters der Lehrer und örtliche KP-Vorsitzende Krček an. Doch auch der Volkssozialist Jan Krčál hat es sich bald gerichtet und wurde Mitglied des Aktionsausschusses.

Obwohl die Protokolle des örtlichen Aktionsausschusses nicht erhalten sind, lässt sich seine lenkende Hand sofort erkennen. Auf sein Verlangen wurde der Vorsitzende des ört-

lichen Landwirtschaftsverbandes (*Jednotné svaz českých zemědělců*) abgesetzt, weil er aus der KP ausgetreten war. Ferner wurde der Volkssozialist Alois Sova, ganz offenkundig weil er die öffentliche Solidaritätskundgebung im Februar 1947 boykottiert hatte, als Kassier des Ortsausschusses abberufen und durch einen bisherigen Sozialdemokraten, den Finanzwachbeamten František Bernat, ersetzt. Zwei Mitglieder des Aktionsausschusses mussten in den Ortsnationalausschuss kooptiert werden. Eine Interessentin für ein Haus wurde vom Ortsausschuss an den jetzt entscheidungsberechtigten Aktionsausschuss verwiesen. Der Aktionsausschuss bestimmte die örtliche Politik. Im Bedarfsfall konnte sein Vorsitzender eine gemeinsame Sitzung des Ortsausschusses und der Landwirtschaftskommission einberufen. Sonst sind die örtlichen Entscheidungsstrukturen nicht immer ganz durchsichtig. Man hat den Eindruck, dass der Aktionsausschuss schon im Sommer 1948 mehr im Hintergrund wirkte, und die wichtigsten Entscheidungen formell der Ortsausschuss der Kommunistischen Partei traf. Im Übrigen waren die Gremien ohnehin personell ganz eng ineinander verschachtelt, und gab schlichtweg das Duo Musil und Krček den Ton an. Am 8. April 1948 übernahm sodann Krček von Musil den Vorsitz im Aktionsausschuss.⁸⁴ Diese Implantierung des kommunistischen Machtmonopols war von einer lautstarken politischen Mobilisierung gekennzeichnet. Das Dorf kam nicht mehr zur Ruhe, eine Parteisitzung und öffentliche Versammlung jagte die andere und der Parteitag vom Jihlava am 29. August 1948 war zu beschicken. Da war viel zu erklären: wo sich die Tschechoslowakei jetzt im West-Ost-Konflikt positionierte; wie man die innenpolitische Lage zu beurteilen habe; und wie jetzt unter den Voraussetzungen der einheitlichen Kandidatenliste der Nationalen Front die politischen Wahlen abliefen. Denn Wahlfreiheit bestand in Wahrheit nicht mehr, sondern als letzte Kundgebung oppositioneller Gesinnung die Abgabe eines leeren Wahlzettels. Das musste man dem Wahlvolk erst beibringen. Für die Wahlen widmete die KSČ 30 Millionen Arbeitsstunden; Hnanice übernahm davon einen Anteil von 30 Stunden.

Das wesentlichste Anliegen der neuen Machthaber war die Verbreiterung der kommunistischen Basis. Dem „Aktionsausschuss“ gehörten zwar nach dem allgemein verbreiteten Muster auch in Hnanice Mitglieder der drei kleineren Parteien an. Doch parallel dazu warb die KP offensiv um neue Mitglieder. Die örtliche Sozialdemokratie war ohnehin schon in der politischen Herbstkrise des Jahres 1947 förmlich aufgerieben worden. Zu Jahresbeginn 1948 findet sich auch der Chronist Josef Oliva auf der Parteiliste. Rückblickend kommentierte Oliva die Namensliste: „Aus dieser Wahl kann man ablesen, dass die KP zu dieser Zeit auf der Höhe war.“ Damit wollte er offenbar ausdrücken, dass alle irgendwie tüchtigen, angesehenen und politisch wachen Köpfe vertreten waren. Das Dorf war gewissermaßen unter kommunistischer Fahne vereint. Die Zahl der örtlichen Parteimitglieder ist leider nicht bekannt, wohl aber die Zahl der Versammlungsteilnehmer, das waren in der Sitzung vom 16. Februar 1948 insgesamt 35 Namen, davon nur eine Frau. Die von beiden Parteien, den Kommunisten und den Sozialdemokraten am 2. März 1948 einberufene öffentliche Versammlung verzeichnete lautstark die Aufnahme von Volksparteilern und Volkssozialisten in die KP; 90 Personen waren bei dieser überparteilichen Sitzung anwesend. Der Mobilisierungsgrad verringerte sich sodann mit Beginn der Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft. Zur KP-Sitzung vom 18. April kamen nur 30 Personen. Ende April wurden sodann KSČ und Sozialdemokratie durch eine „Vereinigungskommission“, von jeder Partei drei Mitglieder, verschmolzen. Bei dieser Sitzung waren 54 Mitglieder anwesend. Die Partei sollte innerlich zusammenwachsen. Den alten Genossen wurden aufgetragen, die neu gewonnenen Mit-

glieder unvoreingenommen zu akzeptieren, daran erinnerte ein auswärtiger Redner die Partei am 22. Juni 1948, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Was die anderen Parteien anbelangt, so bekundete die Volkspartei ihre symbolische Unterwerfung durch eine großzügige Spende von 4000 Kronen für die Ortsbibliothek. Einziger ernsthafter Widersacher waren ohnehin nur die im Finanzermilieu gut verankerten Volkssozialisten. Ihre politische Glaubwürdigkeit wurde durch die massive landesweite kommunistische Kritik an der Sokol-Bewegung geschwächt. Auch Hnanice beteiligte sich mit einer Resolution vom 15. Juli 1948 an der landesweiten Aktion zur Säuberung der Sokoln. In weiterer Folge ließen sich einige Volkssozialisten auf die kommunistische Seite ziehen, die Übrigen eliminierte man durch Sekkaturen und soziale Benachteiligung. Vergeblich versuchte der Financier Jan Dvořák, der bisher mit den Kommunisten nicht ein Wort gewechselt hatte, auf den Zug aufzuspringen. „Nach dem Februar hat er sein Verhalten geändert und bei der Gründung des Aktionskomitees wollte er auch Mitglied sein, aber er wurde aus der Sitzung gewiesen.“ Später versuchte er sich in Poštorna „in die Partei einzuschleichen“, was ihm aber wegen eines negativen Gutachtens aus Hnanice nicht gelang. Die wichtigste politische Figur im Grenzpersonal war jetzt der bisherige Finanzwachebeamte František Bernat. Für seine politische Zuverlässigkeit wurde er nach Auflösung der Finanzwache Vorsitzender des MNV, und erhielt seine Frau den Sekretärsposten. Alles in allem stieg die Anziehungskraft der KP als nunmehr einziger politisch relevanter Kraft. Unter dem Druck struktureller Verhältnisse, nicht durch manifeste Gewalt erweiterte die Partei ihre personelle Basis. Zum Dorf zu gehören hieß gleichsam kommunistisch zu werden. Das ist der „soziale Zusammenhang“ hinter der Formierung der personellen Basis des Regimes.⁸⁵ Die Partei konnte förmlich aussuchen, wen sie mitmachen ließ. Manche Interessenten wurden unverzüglich aufgenommen, anderen eine Wartefrist auferlegt, andere entschieden zurückgewiesen. Direkt politische Argumente spielten bei der Auswahl der Parteimitglieder eine geringe Rolle. Bei der neuen kommunistischen Dorfelite ging es vorläufig nur um Loyalität im aktuellen politischen Konflikt, um soziale Kontakte und um persönliche Netzwerke, nicht um ideologische Bindungen oder Überzeugungstreue. Die örtliche KP war der Kristallisationskern der kommunistischen Gruppenbindung, irgendwie musste man zu diesem örtlichen Traditionskern oder zu seinen wichtigen Trägern einen Bezug haben oder finden. (Wer nicht, der hatte keine Chance, siehe diesen Financier Jan Dvořák.) Aber die Zugehörigkeit erforderte vorläufig nur das politische Bekenntnis im aktuellen Machtringen, nicht ideologische Festigkeit. Auch sonst ist keine soziale Fragmentierung der Dorfgesellschaft entlang politischer Linien erkennbar. Es ging nicht um Bauern gegen unterbäuerliche Schichten oder Mittel- und Kleinbauern, auch nicht um Bauern gegen Financier, sondern um soziale Zufallskonstellationen und situativ politische Profilierungen. Wie sich unter diesen Umständen persönliche dörfliche Konfliktkonstellationen mit dem neuen politischen Ordnungssystem zu einem spezifischen Formen von Persekution verbanden, zeigt die Aussiedlung der drei Bauern Mařák, Lorenc und Kubásek im Sommer 1948.

Dörfliche Geltungskonflikte in kommunistischer Verkleidung

Die kommunistische Machtübernahme setzte ganz eigenartige Prozesse sozialer Inklusion und Exklusion in Gang. Da wurden schubweise einzelne Familien oder auch gruppenweise mehrere Familien sozial marginalisiert, aus dem Dorf verdrängt oder förmlich unter Zwang ins Binnenland ausgesiedelt. Oberflächlich betrachtet, handelt es sich dabei um die Eliminierung tatsächlicher oder präsumtiver Systemgegner. Eine nähere Betrachtung ergibt jedoch ein ganz anderes Bild. Den Hintergrund der graduell abgestuften Exklusion bildeten nämlich nicht aktuelle politische Machtkämpfe, sondern großteils ererbte dörfliche Geltungskämpfe und moralische Wertungen, die nun in den Formierungsprozess einer neuen kommunistischen Machtelite einfließen. Tradierte Konflikte gab es genug in Hnanice, allen voran den Geltungskonflikt zwischen den zwei angesehenen Bauern Tomáš Mařák und Tomáš Hlaváček. Es ging schlichtweg um die Frage, wer der bessere Bauer war, rechtzeitig mit der Ernte und dem Drusch fertig wurde, seine Steuern ordentlich bezahlte, seinen Hof verschönerte, besser gekleidet war, mehr Ansehen hatte. Mařák wird als sehr tüchtiger Bauer geschildert, „er hatte einen Unternehmungsgeist, er hat das Gut erweitert, ein Pferd angekauft, er hat sich ein Dienstmädchen besorgt“. 1948 eröffnete er ein Dreschergewerbe. Durchgehend betätigte er sich eifrig am öffentlichen Leben. Kaum weniger innovativ und tüchtig war sein Widersacher Tomáš Hlaváček, doch die beiden vertrugen sich nicht. Beide stammten aus demselben südostmährischen Dorf Boršice, und sie schleppten von dort ihren persönlichen Konflikt nach Hnanice mit. Die gemeinsame Herkunft und die Beziehungen zu den Ursprungsgemeinden spielte in diesen Neusiedeldörfern eine wichtige Facette der Vergesellschaftung. Das ist am Beispiel des benachbarten Kreises Nikolsburg/Mikulov gut erarbeitet.⁸⁶ Hlaváček begann schon zur Jahreswende 1945/46 „mit verschiedenen Intrigen gegen Mařák zu kämpfen“ und intervenierte in Boršice, „dass er keine Zuverlässigkeitserklärung“ erhalten solle. Damals zu Jahresbeginn 1946 war tatsächlich im Ortsausschuss von einer drohenden Aussiedlung Mařáks die Rede. Doch dann wendete sich das Blatt im Laufe des Jahres 1946, Hlaváček wurde als Vorsitzender des Ortsnationalausschusses abgewählt und durch Mařák ersetzt. Jetzt kam der Konflikt nicht mehr zur Ruhe und beschäftigte ständig die Gremien. Doch hielten sich die Folgewirkungen in Grenzen, bis die kommunistische Machtergreifung neue Rahmenbedingungen schuf und prompt die Position des eifrigen Kommunisten Hlaváček entscheidend verbesserte, während Mařák als Angehöriger der Volkspartei die schlechteren Karten hatte. Unversehens verwandelte sich der Geltungskonflikt in die politische Frage um die Zugehörigkeit zur neuen Dorfelite. Mařák ist es zwar noch gelungen, als Mitglied der Volkspartei in den Aktionsausschuss gewählt zu werden. Ein derart eng integriertes Dorf sucht stets eine entscheidungsfähige politische Mitte, und so mag Mařák gehofft haben, jetzt doch auch wieder zum Machtkartell zu gehören. Doch das änderte sich rasch. Die Dorfelite verengte sich zusehends auf eine Handvoll kommunistischer oder bis dahin sozialdemokratischer Funktionäre; Mařák war nicht mehr geduldet, er wurde förmlich hinausgedrängt. Den letzten Anlass für seine politische Entmachtung bildete – es könnte lächerlicher nicht erfunden werden – das unerlaubte Ausführen von Stallmist aus einem seit drei Jahren unbewohnten Hof. „Jemand will Rache nehmen an ihm“, heißt es in Olivas Chronik, und sie zitiert Mařák wörtlich: „Ihr habt bisher ohne mich die Besprechungen gemacht, so machen Sie bitte weiter.“

Was Mařák noch nicht begriffen hatte: die Verdrängung aus dem politischen Machtkartell war nur ein Vorbote seiner Aussiedlung. Kaum an die Macht gekommen, vollendeten

die neuen Machthaber erst einmal den Prozess der ethnischen Homogenisierung durch die Aussiedlung der letzten zwei österreichischen Familien Wolfsgruber und Leitgeb – in letztem Fall war die Frau eine autochthone Gnadlersdorfer Tschechin.⁸⁷ Als nächstes traf es willkürlich ausgesuchte Fälle von angeblicher moralischer Devianz oder Arbeitsunlust. Vier solche Fälle, Te., Tv., Ze. Ra. und B. („Kündigung“) sind genannt, diese Liste ist sicher unvollständig. Aussiedlung hatte dabei eine geschlechtsspezifische Note. Männer wurden – samt Familie – hauptsächlich wegen ihrer mangelnden Fürsorge für ihre Familien und weil sie arbeitsunwillig waren aus Hnanice abgesiedelt oder mit Aussiedlung bedroht, allein stehende Frauen beinahe ausschließlich wegen angeblicher sexueller Freizügigkeit, obwohl sie arbeitstüchtig waren und auf ihre Häuser schauten. Ganz offenkundig verstand sich die neue Obrigkeit als Vollstrecker einer traditionellen dörflichen Doppelmoral für Männer und Frauen.

In diesem Zeitambiente vollzog sich auch die spektakuläre Aussiedlung der drei Bauern Mařák, Lorenc und Kubásek im Sommer 1948. Direkt oppositionelles „systemfeindliches“ Verhalten kam ohnehin nicht in Betracht. Was man allenfalls aufgreifen konnte, waren persönliche Schwächen, die eine oder andere aktuelle oder weiter zurück liegende Verfehlung, vielleicht einmal ein böses Wort oder ein schiefer Blick, mehr nicht. Damit eröffneten sich der persönlichen Intrige, der Verleumdung und dem Tratsch eine breite Einbruchsstelle zur Definition des Binnenfeindes. Die Opponenten unterschieden sich als selbstbewusste Bauern weder im sozialen Status noch in ihrer Alltagsmentalität. Ein aktueller politischer Gesichtspunkt kam nie zur Sprache, sondern alte Geschichten aus der NS-Okkupation und moralische Verfehlungen. Dennoch war die Aussiedlung eine politische Aktion, weil sie den sozialen Zusammenhalt einer immer noch im Dorfkontext artikulationsfähigen Gruppe auflöste und das Machtmonopol der etablierten Ordnung bekräftigte.

Die genau geführten Protokolle erlauben ein recht präzises dörfliches Sittenbild. Eifrig forschte die Anklage nach Mařáks Vergehen. Doch es kam nicht viel dabei heraus. „Mařák hat man nicht nachweisen können, dass er mit den Deutschen kollaboriert hätte. Das einzige, was man ihm nachweisen konnte, war Schwarzhandel, aber wer hat das nicht getan in dieser Zeit?“, kommentierte der Chronist die Affäre. Nicht anders lief es im Verfahren gegen Jaroslav Lorenc, übrigens wie Mařák vierfacher Familienvater und auch aus Boršice zugewandert. „Lorenc war [gewiss] bissig“, erinnerte sich ein von Oliva in der Chronik zitierter Zeitzeuge. Ständig zettelte er Nachbarschaftsstreit an. „Auf den Feldern nahm er immer ein Stück des Nachbarfeldes, ihm wurde auch die Versetzung von Grenzsteinen nachgewiesen“, berichtet Oliva, doch auch das war bei den unsicheren Katasterverhältnissen nicht weiter erstaunlich. Außerdem „hat sein kleiner Sohn gestohlen, aber sonst hat er gut gearbeitet“. Mehr war nicht herauszukriegen. Der gelernte Schuster und nunmehrige fleißige Bauer František Kubásek als dritter im Visier war auch kein unbeschriebenes Blatt. Ihm ist als provisorischer Nationalverwalter sein deutscher Bauer samt dem Gespann über die Grenze entwischt. Doch er kam wieder zu Ross und Wagen und erlernte bald die Landwirtschaft so gut wie jeder andere Bauer. Was ihm aber jetzt zum Verhängnis wurde, war seine ständige Kritik an den örtlichen Funktionären, weil er „ihnen immer wieder sagte, dass sie sich 1945 bei der Neubesiedlung verschiedene Sachen genommen hätten, die ihnen nicht gehörten. [...] Er hat jedem ins Gesicht gesagt, was er über ihn denkt, und das war seine größte Schuld.“ Sein wirklich verhängnisvoller Fehler aber war die Parteinahme für Mařák und Lorenc in der Aussiedlungsaffäre im Sommer 1948. „Zu seinen [dessen] Gunsten hat

er sogar eine Reise nach Prag gemacht“ und sich dort mit dem KP-Ausweis legitimiert, obwohl er schon aus der KP ausgeschlossen war. Solche Aktionen stellten das ganze Ansehen der Ortsobrigkeit in Frage. Da war seit Wochen und Monaten die Rede von Aussiedlungen, und „Lorenc sprach im Ort offen davon, dass wir ihn nicht aussiedeln können, weil es im Bezirk zwei Beamte gibt, die von ihm bestochen sind und ihn vor der Aussiedlung schützen werden“. Nur ein exemplarisches hartes Durchgreifen konnte die Entscheidungsgewalt der neuen Ordnung beweisen. So wurde in der Ausschusssitzung der kommunistischen Lokalorganisation vom 3. August 1948 – unter Beteiligung des wohl zufällig mit dem örtlichen Widersacher namensgleichen Abgeordneten Havlíček – prompt die Aussiedlung von Mařák, Lorenc und Kubásek beschlossen. Der formelle Beschluss fiel wenig später in der Sitzung des Ortsnationalausschusses, nicht ganz ohne weitere Debatten, weil die zur Sitzung beigezogenen höheren Funktionäre des Bezirksnationalausschusses den Konflikt „friedlich lösen wollten, und wenn wir schon die Ehre des MNV schützen wollen, sollen wir nur einen aussiedeln“. Höheren Orts wusste man offenbar die dörflichen Machtfragen nicht gebührend zu würdigen, doch das örtliche Establishment setzte sich durch, die drei Bauern wurden binnen weniger Tage ausgesiedelt. Dabei ergab sich aber noch eine Panne, weil Mařák unter Mithilfe eines befreundeten Bauern sein Vieh per Bahn abtransportierte. Übrigens „waren mit diesen drei Ausgesiedelten noch andere an der Reihe, aber dazu ist es wegen der großen Resistenz der Bevölkerung nicht gekommen“. In ganz Böhmen und Mähren sind 1948 von den Aktionskomitees insgesamt 5.000 Neusiedler auf konfisziertem deutschen Besitz samt ihren Familien, vorwiegend Parteigänger bürgerlicher Parteien, ausgesiedelt worden.⁸⁸

Ruhe kehrte nicht ein in Hnanice nach der Aussiedlung von Mařák, Lorenc und Kubásek. Da waren viele alte Rechnungen unbeglichen und ergaben sich neue Konflikte aus der aktuellen Machtverteilung. Die Aussiedlungen waren permanentes Gasthausgespräch. So beschuldigte Ondřej Lorenc am 18. August 1948 ein Mitglied des MNV, seinen Bruder ausgesiedelt zu haben.⁸⁹ Im Verleumdungsprozess wurde er freigesprochen – die Gerichtsinstantz ließ sich nicht in den Dorfratsch herein ziehen. Die persönlichen Konstellationen lassen sich im Einzelnen oft gar nicht mehr nachvollziehen. Was die Quellen überliefern, sind dramatische Überspitzungen und Endgeschichten. Da ist der Fall des Volkssozialisten Alois Sova, der sich seinerzeit 1945 für die raschere Verdrängung der Deutschen stark gemacht hatte, seit damals im politischen Dorfgeschehen mitmischte, dann in der Februarkrise zur *persona non grata* wurde, sofort die Funktion als Kassier des Ortsnationalausschusses verlor, auf eigenes Ansuchen und nach einer mehrmonatigen Wartefrist im Oktober 1948 doch in die KP aufgenommen wurde, dann aber laufend permanenten bürokratischen Schikanen ausgesetzt war; seine Frau erhielt nicht einmal die existentiell benötigte Kindernahrungskarten. Doch weil er sich beim Kreisausschuss über den Vorsitzenden des Ortsausschusses beschwerte, schloss ihn der örtliche Parteiausschuss im Mai 1949 einstimmig aus der KP aus.⁹⁰ Gerade noch die Aussiedlung blieb ihm und seiner Familie erspart.

Ein eigenes Feld sozialer Marginalisierung und Persekution ergab sich im Zusammenhang mit einer Reihe von angeblichen oder wirklichen Unterschlagungen von öffentlichem Geld und Gut. Die administrativen Funktionen in den Ausschüssen und vor allem der Sekretärsposten, weniger die politischen Ämter, bedeuteten eine arge Verlockung in dieser Gesellschaft des Mangels. Seit 1945 sind beinahe alle Ortssekretäre und -sekretärinnen wegen Geldunterschlagung und sonstiger finanzieller Unregelmäßigkeiten abgesetzt worden. Einmal fehlte das zugeteilte Geld für die Vitriolbespritzung; dann gab es „Unregelmäßigkeiten bei der

Ausgabe von Zucker“ und Probleme mit dem Deputatholz für die Schule; zuletzt veruntreute 1950 der Eiersammler den Vorschuss zur Bezahlung der Eier. In allen diesen Fällen war die KP rasch mit einem Parteiausschluss bei der Hand. František Bernat und seine Frau, die Gemeindesekretärin, mussten sogar das Dorf verlassen und die Schulden vom künftigen Einkommen abstottern. Direkt politische Vergehen oder beabsichtigte Sabotage kamen in diesen Konfliktszenarien noch nicht zur Sprache. Nur unterschwellig wirkte der kommunistische ‚Formierungsanspruch‘ aller Lebensbereiche, der öffentlichen wie der privaten.⁹¹ Dafür diente ja das ganze System der gegenseitigen Kontrolle, der Bespitzelung und der kaderpolitischen ‚Gutachten‘, die der Parteiausschuss bei allen Personalentscheidungen und im Dienste auswärtiger Organisationen besorgte. Jetzt begannen diese „Bewertungen und Empfehlungen, die über einzelne Bürger durch die Parteinstitutionen ausgearbeitet werden und die oft über ihr weiteres Schicksal entscheiden.“⁹² „Das Gutachten über František Bernat wird nicht gut sein“, wusste Josef Oliva schon vor der Fertigstellung. Weitere Verunsicherung brachten die Auswirkungen des Kalten Krieges. Unter Bezugnahme auf das Gesetz zum Schutz der Republik vom 8. Oktober 1948 wurde wenige Wochen später der seinerzeitige Pächter der Neunmühle wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit und Spionage verhaftet“. Er hat angeblich „Leuten bei Flucht über die Grenze geholfen und von österreichischer Seite staatsfeindliche Elemente herübergeführt“.⁹³ Oliva enthielt sich in diesem Falle jedes Urteils, der Verurteilte war wie er seinerzeit russischer Legionär, gemeinsames Schicksal verbindet. Im Mai 1948 folgten die ersten Einberufungen zu Militärübungen; als Helfer in ihren Wirtschaften meldeten sich acht Genossen. Im April 1950 wurden fünf Namen, darunter eine Frau, für die Volksmilizen vorgeschlagen. Einweisungen in Zwangsarbeitslager sind aus Hnanice nicht überliefert.

Kein Zweifel, die allgemeinen politischen Voraussetzungen boten immer neue Anlässe und Handhabungen für Verfolgungen unterschiedlichster Art. Gewalt war gewissermaßen legitimiert, doch *wer gegen wen*, das wurde in der Lebenswelt ausgehandelt. Nicht einmal soziale Interessenlinien lassen sich hinter allen diesen Aussiedlungen und Parteiausschlüssen erkennen, sondern eher tradierte oder situativ erneuerte Geltungskonflikte. Gar keine Rede von Befürwortern und Gegnern einer kommunistischen Transformation – die Vertreiber von 1948 zählten 1949/1950 zu den entschiedenen Gegnern der Kollektivierung. Auch die steuernde Hand übergeordneter kommunistischer Ebenen ist eher zu verneinen, es ging nicht um den Durchgriff der Partei auf die lokale Ebene, sondern um die lokale Formierung der kommunistischen Einfluss- und Geltungseliten entlang dörflicher Animositäten. Nun kennt man solche dörfliche Auseinandersetzungen als Begleiterscheinungen der kommunistischen Umpolung auch aus anderen Beispielen, beispielsweise aus Brandenburg, wo die Konflikte zwischen Alt- und Neubauern, oft sogar zwischen Geschwistern und Eheleuten an der Tagesordnung waren.⁹⁴ Gewalt war dort allerdings hauptsächlich eine Begleiterscheinung der tatsächlich in Gang gesetzten Kollektivierung, eine Folge des obrigkeitlich anbefohlenen Strukturbruchs und eine Verlängerung obrigkeitlichen Wollens ins Dorf hinein, während sie hier im tschechischen Mikrobeispiel Hnanice schon mit der kommunistischen Machtergreifung und noch ohne Verbindung mit einem tatsächlichen örtlich sozial relevanten Politikthema einsetzte. Gewalt ist also hier in Hnanice nicht bloß im Beziehungsfeld von ‚gesellschaftlicher Konstruktion‘ und ländlicher Sozial- und Wertestruktur zu sehen, sondern auch in lokaler Tradition und Lebenswelt strukturell angelegt. Dieses örtliche Gewaltpotenzial steht daher quer zu den angeblichen Harmonien agrarisch-dörflichen „Eigen-Sinns“ in der Konfrontation mit der kommunistischen Staatsgewalt.⁹⁵

Dennoch ist auch in Hnanice die indirekte politische Bedeutung der Persekution nicht zu unterschätzen. Denn was sie bewirkte, war nichts weniger als die Auflösung der herkömmlichen Vergesellschaftungsform Dorf. Da blieb viel auf der Strecke: die Pflicht zu nachbarschaftlicher Hilfeleistung, der Respekt vor der häuslichen Unversehrtheit, die Achtung vor der moralischen Integrität der Dorfgenossen, die Vorsicht im Umgang mit öffentlichen Beschuldigungen, die sozialen Gruppenbindungen von Alterskohorten, der Zusammenhalt bäuerlicher Interessen, die Kohärenz des Dorfes gegen außen und insgesamt die klare Grenzziehung zwischen Lebenswelt und Politik. Eine schwere Hypothek für die Zukunft war die Anwendung willkürlicher exemplarischer Gewalt gegen einzelne Personen und Familien anlässlich der Implantierung der kommunistischen Macht. Dass (vielleicht nicht einmal beabsichtigte) politische Abweichung schwerste Sanktionen provozierte, diese Lektion hatte jedermann vom „glorreichen Februar“ erlernt. Gewalt war zu einem inneren Bestandteil des politischen Systems geworden. Im nächsten Schritt erfolgte die politische Formierung der eher zufällig zusammen gewürfelten Parteimitglieder zur Überzeugungsgruppe. Im Winter 1949 wurden die Parteischulungen intensiviert. Zu Neujahr 1949 folgte die Säuberung der KP von unerwünschten Mitgliedern. „Alle Mitglieder werden auf ihre ideologische Sauberkeit überprüft.“ Leider fehlen zu diesen Formierungsprozessen die lokal- und regionalgeschichtlichen Informationsträger, und so ist unbekannt, wie die politischen Auswahlkriterien vermittelt, angenommen oder aufgefasst wurden. Vermutlich sind schon damals enge Kader, in Hnanice etwa Lehrer Krček, mit den weit reichenden Plänen der Dorfssozialisierung konfrontiert worden.

Wichtiger war ohnehin die Änderung der lokalpolitischen Organisations- und Entscheidungsstrukturen. Die Partei füllte rasch das von ihr herbeigeführte Machtvakuum. Der örtliche Parteiausschuss identifizierte sich im Beschluss vom 26. März 1950 förmlich mit dem Dorf: „1. Wir Bewohner des Grenzdorfes Hnanice versprechen, dass wir an vorderster Wache unserer volksdemokratischen Republik stehen. Wir wollen treue Mitarbeiter beim Aufbau des Staates und bei der Erfüllung des Fünfjahresplanes sein. Deswegen verbürgen wir uns, dass wir erfolgreich alle Frühjahrs-Feldarbeiten machen werden.“ Dieser verbalen Unterwerfungsgeste entsprach der tatsächliche Verlust örtlicher Entscheidungskompetenz. Denn bei wichtigen Fragen musste man höheren Orts nachfragen oder Fachreferenten beiziehen. Bei der Sitzung des Parteiausschusses vom 21. August 1949 ist der „Kreisinstruktor des Kreis Ausschusses Brünn anwesend, man macht die Kandidatenliste für MNV und Aktionsausschuss“. Entsprach ein örtliches Gremium nicht den höheren Anordnungen, wurde es kurzerhand ausgetauscht. So verlangte und erreichte der auf Kreisebene eingerichtete „Bodenfonds“ innerhalb von drei Tagen die „Nennung einer neuen Bauernkommission“ bis 8. März 1949. Die KP stülpte ein förmliches Beziehungsnetz über die Gesellschaft. So übertrug die Bezirksführung einem Patron die „Patronanz über unsere Gemeinde“; die KP-Mitglieder sollten sich „mit Fragen über wichtige Probleme immer an ihn wenden“. Der Chronist Oliva und mit ihm vermutlich ein großer Teil der dörflichen Gesellschaft hatte allerdings noch immer nicht begriffen, in welche Richtung die Fahrt ging. Oliva berichtet kommentarlos die zunehmende Unterordnung des dörflichen Lebens unter die großen politischen Trends und auswärtige Entscheidungsfaktoren. Was Kommunismus für das Dorf wirklich bedeutete, das erlernte Hnanice erst in der Kollektivierung.

„Socializace vesnice“ – „Kollektivierung des Dorfes“

Gerüchteweise kündigte sich die Wende schon länger an. Schon im Sommer 1948 äußerte ein Beamter des Kreisausschusses so nebenbei, „in kurzer Zeit werden wir mit der Gründung einer Kolchose beginnen“. Der Schock unter der kommunistischen Dorfelite war groß, war doch während der ganzen kommunistischen Machtergreifung immer wieder die Beibehaltung und sogar Festigung des bäuerlichen Besitzes versprochen worden.⁹⁶ Als die Partei das Dorf seinerzeit am 16. Februar 1948 auf die Machtergreifung vorbereitete, war den versammelten Parteimitgliedern sogar ein Parzellierungsgesetz für die kirchlichen Güter in Aussicht gestellt worden. Anfang März 1949 brachten zwei Delegierte der Ortsparteileitung von einer Agrarkonferenz in Prag die beruhigende Mitteilung über eine Weiterführung der privaten Landwirtschaften. Also immer diese Versprechungen, und jetzt diese Ankündigung! „Damals haben wir [Miroslav] Hlaváček und ich es nicht geglaubt“, erinnert sich Oliva in der Chronik. „Bei der nächsten Sitzung der KP habe ich diese Bemerkungen über Kolchosen vorgetragen. Der ganze Ausschuss hat diese Aussage als unwahr gehalten, und man hat entschieden, dass der Genosse [Vorsitzende] Krček eine Anklage gegen diesen Beamten wegen Verbreitung von unberechtigten Gerüchten aufsetzt. Ungefähr ein Jahr später war die JZD (Jetnotné zemědělské družstvo – Landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaft) schon in Betrieb, ich traf diesen Beamten und er warf mir vor, dass wir ihn angezeigt haben und er dafür bestraft wurde.“ Ähnliche Konstellationen sind aus dem ganzen Land überliefert. Die geplante Kollektivierung der Landwirtschaft fand beinahe durchgehende entschiedene Ablehnung, auch durch ländliche kommunistische Parteifunktionäre.⁹⁷

Diese interne Resistenz ist vermutlich im Winter 1948/1949 durch intensive Indoktrination der kommunistischen Kader zum Schweigen gebracht worden, und dann konnte die Kollektivierung unter sowjetischem Drängen in Angriff genommen werden. Das Parlament beschloss am 23. Februar 1949 das Gesetz über die Bildung der Landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften (JZD) (Gesetz Nr.69/49 Sb.). Jetzt begann eine intensive flächendeckende Kampagne. Am 20. März 1949 referierten einige Genossen der Znaimer Kreisführung vor dem örtlichen KP-Ausschuss in Hnanice über die geplante Landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaft. Im Anschluss daran wurde die Bildung eines Vorbereitungsausschusses für die Bildung einer solchen Genossenschaft anbefohlen und damit setzte das zähe Ringen um das Dorf ein. Die Beamten des Bezirkes „waren im Wettbewerb mit den anderen Bezirken, wer mehr Genossenschaften zustande brächte, sie hielten Vorträge und wollten die Menschen überzeugen und erfolgreich sein“. Doch so ganz einfach ging die Geschichte nicht über die Bühne, obwohl sich die Redner alle Mühe gaben, die wirtschaftlichen Vorteile einer gemeinschaftlichen Betriebsführung anzupreisen, zum Beispiel die „Vorteile, wenn man [auch] die Raine bearbeitet“ und „wenn man das Vieh in neue helle Ställe bringt“; und obwohl sie die sozialen Errungenschaften einer Kolchose in den schönsten Farben schilderten, wenn erst einmal „der Bauer nicht mehr als Sklave arbeiten wird, weil die Arbeit mechanisiert ist“ und eine Zeit heranreift, „dass die Frauen der Bauern auch an normalen Arbeitstagen zur Thaya baden gehen können“. Nicht einmal die etwas skurrile Versicherung, dass „die Genossenschaftsmitglieder immer Eigentümer des Bodens bleiben werden“, konnte die Zuhörer überzeugen.⁹⁸ Vielleicht haben die Beamten mit geringerer Resistenz dieser Neubauern gerechnet. In der kommunistischen Fachliteratur liest man gelegentlich, dass die Neusiedler weniger stark vom Besitzdenken beherrscht waren als die Bauern des Binnenlandes. In dieser Lesart

lebte in den Grenzregionen ohnehin „eine neue, politisch progressivere Bauernschaft, die von der Psychologie der individuellen Wirtschaftsweise noch nicht so belastet war“ wie die Altsiedler.⁹⁹ Darauf wird zurückgeführt, dass zu Jahresende 1950 beinahe die Hälfte aller landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Tschechoslowakei in den neu besiedelten Grenzgebieten lag.¹⁰⁰ Die schwächere Widerstandskraft gegen die Zwangskollektivierung könnte aber auch mit einer insgesamt geringeren dörflichen Integration der neu besiedelten Gebiete im Vergleich zu den Altsiedeldörfern zusammenhängen. Auch die Angst vor dem Verlust der ohnehin gnadenweise und auf Kredit gewährten „Nationalverwaltung“ über Hof und Feld spielte gewiss mit herein. Dennoch wollte anfangs in Hnanice niemand etwas von Kollektivierung hören; der Kommunist Josef Oliva wurde zum Sprecher der Opposition. Er brachte eine eigene negative Erfahrung aus den Dreißigerjahren mit dem Konkurs einer Gartengenossenschaft ins Spiel und kam zur klassischen besitzbäuerlichen Erkenntnis: „Wenn ich alleine die Wirtschaft führe, bin ich mein eigener Herr und niemand sagt mir, was ich tun soll. Aber wenn ich ein Mitglied der Genossenschaft bin, werde ich dem Fabrikarbeiter gleich. [...] So ist die erste Versammlung zu Ende gegangen und die Genossenschaft wurde noch immer nicht gegründet.“ Doch in Wahrheit war jede Opposition zwecklos, weil die Dorfstruktur schon von innen aufgebrochen war. Die Kommunistische Partei unter dem Vorsitz des längst bekehrten Krček griff zu einer Mischung aus Bestechung und Drohung. „Wenn es nicht geht [mit der Genossenschaftsgründung] und wenn sich ein Gegner findet, wird ihm ein Posten im Bezirk angeboten, oder man droht ihm, dass er ausgesiedelt wird, wie es mir [durch den Genossen Krček] passiert ist“, so begründete Oliva schließlich seinen Beitritt zur Genossenschaft: „Ich kam selbst zur Entscheidung, dass ich nichts gegen den Kreisnationalausschuss (ONV) machen kann und ließ den Sachen dann ihren freien Lauf. Der ONV hat dann fast das ganze Dorf in die Genossenschaft hineingetrieben“ – und Oliva wurde in der (leider nicht präzise datierten) Gründungssitzung im Herbst 1949 zum Kassier gewählt.¹⁰¹ Knapp ein Jahr später, Ende August 1950, hatte die Genossenschaft 42 Mitglieder. Im ersten 1949 konstituierten Ausschuss der Genossenschaft saß auch Antonie Horecka als erste Frau, die in ein örtliches Gremium gewählt wurde.

Die erste Stufe der Einheitsgenossenschaft betraf hauptsächlich die Festlegung von gemeinsamen Produktionszielen und einen gemeinsamen Liefervertrag mit den staatlichen Abnehmern. Die Kennziffern legte der Kreisnationalausschuss fest, doch behielt Hnanice ein gewisses Mitbestimmungsrecht. So widersetzte man sich dem 1950 anbefohlenen Zuckerrübenanbau, weil das zeitaufwändige Rübenvereinzeln zeitlich mit dem Frühjahrsarbeiten im Weinbau kollidierte, man lieferte dafür mehr Gurken, was der ONV billigte. Die Produktion als solche lag weiter bei den einzelnen Höfen, wobei man gegen Miete den Traktor der Maschinengenossenschaft Martinek beanspruchen konnte. Die Genossenschaft selbst hatte im Frühjahr drei Kartoffelernter, zwei Rechen und einen Motor angekauft und besorgte den Kunstdünger für alle Genossenschaftsmitglieder auf gemeinsame Rechnung. Zum Ankauf der Mähmaschinen fehlten trotz Kreditaufnahme die Mittel und so kauften einzelne Genossenschaftsmitglieder die Geräte auf eigene Rechnung und vermieteten sie der Genossenschaft bei Bedarf. Alle landwirtschaftlichen Maschinen mussten auf Anforderung in der zweiten Jahreshälfte 1950 den Großbetrieben der Einheitsgenossenschaften und der Staatsgüter verkauft werden, die sie dann in Maschinen-Stationen zusammenfassten.¹⁰² So eine Genossenschaftsgründung erforderte hohe Investitionen; die JZD Hnanice nahm schon im Frühjahr 1950 den exorbitanten Kredit von 350.000 Kronen auf.

Im Hintergrund zog die örtliche KP-Sektion die Fäden; alle wichtigen Arbeiten wurden von einzelnen Bereichsverantwortlichen der Partei kontrolliert, zum Beispiel die Frühjahrsarbeiten von einem der Brüder Martinek. In dieser behutsamen Einschleifphase traten noch einzelne bisher abseits stehende Bauern in die Genossenschaft ein; zwei oder drei wurden allerdings wegen mangelnder Arbeitsleistungen und permanenter Kritik an Regierung und Partei oder wegen „Streitsucht“ aus der Genossenschaft ausgeschlossen, was angesichts der ihnen als Privaten vorgeschriebenen Abgabepflichten recht riskant war (so zum Beispiel Jurák und Hradil). Hradil, Jurák, Cilenček und Lorenc haben dann gemeinsam Raps angebaut. Einer von ihnen, Hradil, meldete sich am 16. September 1950 in die Genossenschaft zurück. Weil Josef Polášek die auf seinen Hof entfallende Produktionsquote nicht erfüllte und gar Auseinandersetzungen mit den Abgabestellen provozierte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen und nach weiteren Konflikten abgesiedelt. Weil er den Plan für 1950 nicht vorlegte und einen halben Hektar brach liegen ließ, wurde Jodas die Nationalverwaltung seiner Wirtschaft aufgekündigt, er wanderte ab. Das waren individuelle Abweichungen, sonst fügten sich die Bauern alles in allem noch in das System. Das bäuerliche Selbstverständnis war noch nicht gekränkt. Dass einem Nationalverwalter die Weinberge abgenommen wurden, weil er sie verpachtete, das ließ sich allenfalls noch hinnehmen. Noch war Hnanice ein vorbildliches Dorf. Stolz bilanzierte der MNV im Oktober 1948: „Unsere Gemeinde (*naše obec*) wird die (vom Bezirk veranschlagte) Ablieferung von Wein zu 200 % erfüllen.“ 1949 wurden bei Gerste 60 Prozent der vorgegeben Norm erfüllt, bei Weizen 95 Prozent, bei Roggen 170 Prozent, bei Erdäpfeln 90 Prozent und bei den Milchlieferungen wurden die Kennzahlen überschritten.¹⁰³ Der dörfliche Gemeinschaftsgestus war noch virulent. Der Spielplatz wurde 1950 „durch die freiwilligen Brigaden von Mitgliedern der neu gegründeten JZD fertiggestellt (ohne Entgelt)“. Martinek half mit seinem Traktor.¹⁰⁴

Das änderte sich schlagartig mit der 1950 anbefohlenen gemeinsamen Ernte, die einen höheren Abschnitt der Genossenschaftsbildung – JZD, III. Type mit gemeinsamer Feldbewirtschaftung – markierte.¹⁰⁵ Die Unzulänglichkeiten des neuen Systems bewirkten eine endlose Kette von Obstruktionen. Theoretisch hörte sich der vom Kreis vorgegebene Plan gut an, aber das Wetter spielte nicht mit,

„man verwarf den Plan und man machte es so, wie es die Situation verlangte, oder, wer am lautesten schrie, bei dem machte man früher die Ernte. [...] Viele Leute versuchten, die Arbeit so gut als möglich zu machen, andere nicht, und manche machten Rast, wenn sie nicht gerade kontrolliert wurden [...] und man konnte auch früher vom Feld gehen, wenn das niemand sah. Man sollte bis 12 Uhr arbeiten, aber um halb 12 sah man schon keinen mehr auf dem Feld. Die Strohmandel baute man sehr schlampig, sie waren nicht ordentlich in Reihen wie Soldaten, in manchen gab es acht Garben, in anderen 16. Sie zerfielen, sobald die Erbauer vom Feld gegangen waren. Auch die Frauen machten ihre Arbeit schlampig. Es gab auch viele andere solche Vorfälle, aber das reicht, um sich ein Bild von dieser Ernte zu machen, der gemeinsamen Ernte. [...] Bei der Abrechnung wunderten sich die Leute, dass sie drei- bis viermal soviel Bänder zahlen mussten als sie Garben hatten. [...] Alle dachten, dass die Ernte sehr teuer war.“¹⁰⁶

Die Ernte wurde 1950 noch in die einzelnen Höfen eingebracht, und auch das Dreschen blieb den Bauern überlassen, wobei sie gegen Gebühren die genossenschaftseigene Dresch-

maschine samt Drescher anfordern konnten. Das hatte aber nur noch praktische Gründe, weil vorläufig die genossenschaftlichen Wirtschaftsgebäude fehlten. Im Übrigen gingen die Vorbereitungen für eine Intensivierung der JZD konsequent weiter. Mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (Tomáš Hlaváček, Jurak, Buček und Polášek) beschloss die JZD die gemeinsame Herbstaussaat auf den Genossenschaftsgründen. Dafür wurden im September 1950 die erst kürzlich bei der Kommassierung gesetzten Grenzsteine ausgegraben und die Raine überackert. Der Kataster wurde neu aufgeteilt und den Genossenschaftsmitgliedern vorgeschrieben, wo und was sie zu säen hatten. Dabei kam die Fruchtfolge außer Kontrolle, und zur Abhilfe gewährte die Regierung einen Zuschuss für Kunstdünger auf Feldern, die mit derselben Frucht wie im vergangenen Jahr bebaut wurden. Die herbstliche Feldarbeit verlief nicht viel erfolgreicher als die verpatzte Ernte. „Man arbeitet mit Pferden und es geht sehr langsam [...] Die Menschen kommen nicht zur Arbeit und wenn sie kommen, dann machen sie die Arbeit unverantwortlich und verlassen die Arbeitsstelle vorzeitig. Auf den Wagen war so wenig Mist aufgelegt, dass ein Pferd damit sogar laufen konnte und wenn man einem Arbeiter etwas vorwarf sagte er, entlasst mich, ich will nicht in der Genossenschaft arbeiten. Die Mehrheit von diesen ist schon von Hnanice weg.“¹⁰⁷

Was jetzt noch fehlte war die gemeinsame Einstallung des Viehs. Die vorgesetzten Behörden bedrängten die Genossenschaft – Hnanice sollten den Kreisgemeinden ein Vorbild werden. In aller Eile wurden die Pläne für den Kuhstall ausgearbeitet; „die Frauen säubern die Ziegel“ – späte Trümmerfrauen im Realsozialismus. Dann spießt es sich mit den örtlichen Maurer-Genossenschaftsmitgliedern, weil sie höhere Arbeitslöhne als die Helfer verlangten und durchsetzten; noch dazu arbeiteten sie provokativ langsam – wenn der Stall fertig ist, verlieren auch sie das Vieh. Den Stall müssen zuletzt angeworbene Maurer aus dem slowakischen Grenzgebiet fertig stellen. Für den 27. Februar 1951 war die Zusammenführung des Viehs anbefohlen,¹⁰⁸ obwohl der Stall noch feucht war und durchfror. Aus dem politischen Etappenerfolg machte das System eine solenne Feier, mit Partei- und Genossenschaftsprominenz aus der ganzen Umgebung, mit freudig singenden Kindern und sentimental Frauen, die um „ihre Kühlein [...] weinten“. 115 Stück Vieh und 28 Kälber waren hier eingestellt. Das Futter hatten allerdings immer noch die Bauern bereitzustellen, und bald wurde es zu wenig, und musste man in die Slowakei um Futter fahren. Wenige Wochen später wurden die 24 Pferde zusammengeführt. Nur zwei Bauern haben ihre Pferde zurückgehalten, und das bedeutete den Ausschluss aus der Genossenschaft.

Der Bericht des Chronisten endet 1951, die stalinistische Periode hat Oliva nicht mehr systematisch dargestellt. Der große Strukturbruch war vorbei, wie beinahe überall in diesen neu besiedelten Orten war die Zwangsbildung von Genossenschaften 1950 mehr oder weniger abgeschlossen. Fälle von brutal gebrochener Resistenz wie im Altsiedelgebiet sind in Hnanice nicht verzeichnet. Doch schon in den traditionell tschechischen Orten der näheren Umgebung dauerte das Drama der Zwangskollektivierung die ganzen Fünfzigerjahre lang. Zeitweise vermengte sich der Kollektivierungsdruck mit der sogenannten Kulakendebatte.¹⁰⁹ Die von der KSČ 1948 übernommene Stalinsche Ideologie erwartete in der Formierungsphase des Sozialismus eine Verschärfung des Klassenkampfes. Hochverrat, Sabotage und Mord unterstellte man im Iglauer Schauprozess von Mitte Juli 1951 den vierzehn Angeklagten. Vier von den sieben Hingerichteten wurden als „Kulaken“ („Dorfreiche“) bezeichnet. Als Kulak galt der Inhaber einer Landwirtschaft über 20, später über 15 Hektar. Bei den süd-mährischen Intensivkulturen erreichte man solche Größenordnungen nur durch die anbe-

fohlene Zusammenlegung von Wirtschaften von Vätern und Söhnen sowie die zwangsweise Pacht unbenützter Gemeindegründe. Die Gemeindechronik des etwa zehn Kilometer von Hnanice entfernten Dorfes Bezkov/Weskau dokumentierte das Auf und Ab der Kampagne. Anfangs fand man einen einzigen Kulaken, Matouš Klika; auf dem Höhepunkt der Kampagne waren es elf, dann wieder vier. Doch das waren immer noch zu viele. Vier Kulaken bezeichnete ein Kontrollorgan „als politischen Fehler, im Widerspruch zur Parteilinie“, und so meldete man wieder nur Klika, beließ aber auf einer internen Liste die drei potenziellen Feinde.¹¹⁰ Klika und seine Familie traf die ganze Härte der politischen Repression; ein Verwandter, Anton Klika, erhielt zehn Jahre Gefängnis wegen staatsfeindlicher Tätigkeit, er verlor seinen Besitz und wurde mit der ganzen Familie ausgesiedelt;¹¹¹ den anderen Kulaken entzog man die Haushaltskarten und Kleiderkarten, bestrafte sinnlos kleinste Vergehen, warf sie monatelang ins Gefängnis. Etwa 2000 solcher „Kulakenhöfe“ wurden landesweit beschlagnahmt; 5000 waren dafür vorgesehen, bis die Systemkrise 1953 die Aktion beendete.

Auch ohne solche Zuspitzungen bewirkte die Genossenschaftsbildung in Hnanice eine erhebliche Umschichtung der Bevölkerung. Von den sechs bis sieben Aussiedlungen der Jahre 1948 bis 1949 war schon die Rede. Dazu kamen jetzt nach der Auflösung der Hofwirtschaft weitere sechs bis acht Familien, obwohl sie „das lebende und tote Inventar ohne Bezahlung in der JZD lassen mussten“. Unter ihnen Jan und Josef Martinek, die vermutlich schon im Winter 1949/50, als die Genossenschaften alle Maschinen einlösten, ihren Traktor abgeben mussten. Josef Martinek kaufte sich ein Haus in Znaim. Tomáš Hlaváček, der sich seinerzeit so vehement für die Aussiedlung von Mařák engagiert hatte, fand sich mit den neuen Verhältnissen nicht zurecht. Er verlangte Gründe und Pferde zurück und begann im Frühjahr wieder mit dem eigenständigen Wirtschaften. Josef Polášek hat angeblich in der JZD „nicht sehr tüchtig gearbeitet und dauernd mit den anderen gestritten. Er wurde aus der Genossenschaft ausgeschlossen und ihm wurde das Land zurückgegeben. Er hat sich sehr unschön über die Regierung und den Sozialismus ausgedrückt und er hat die Regierungsmitglieder beschimpft. Deswegen musste er vor Gericht und man hat befunden, dass er für das Grenzgebiet nicht zuverlässig ist und deswegen ist er mit der ganzen Familie ausgesiedelt worden“, also auch der mittlerweile in der Forstwirtschaft beschäftigte Sohn Jan und die Tochter Anastasia, eine Kindergärtnerin. Zum „Arbeitsaktiv für Viehzüchter“ nach Vranov/Frain meldeten sich 1950 sechs Interessenten aus Hnanice. Die verlorenen Arbeitskräfte ersetzten teilweise einige „Metalllandwirte“, in Hnanice wohnende Fabrikarbeiter und landlose Finanziere oder ihre Frauen. Sie alle wurden formell Genossenschaftsmitglieder, auch wenn sie keinen Besitz einbrachten. Josef Oliva kam blendend über die Runden. Er übernahm zusätzlich zu seiner eigenen Wirtschaft die Gastwirtschaft und das bäuerliche Anwesen von Michal Chripto. Der Aktivist František Musil, man erinnere sich an den früheren Vorsitzenden des Aktionsausschusses, trat der Genossenschaft bei, und „obwohl er als Mitglied arbeiten sollte, arbeitete er immer für vollen Lohn“.

Zugleich mit der Kollektivierung der Landwirtschaft erfolgte die Auflösung der Gewerbe und kleinen Geschäfte.¹¹² Das System lebte in ständiger Sorge vor einem Wiederaufleben kapitalistischer Verhältnisse. Jede wirtschaftliche Eigenständigkeit wurde durch direkte Anordnung oder durch unerträgliche Belastung, beispielsweise der Vorenthaltung primitivster Versorgungsleistungen, zunichte gemacht. „Nach der Verstaatlichung der Geschäfte“ ist der Gemischtwarenhändler weggezogen, heißt es lapidar bei Oliva. „Als die Gewerbe verstaatlicht wurden, hat Antonín Hawlík [übrigens 1945 einer der ersten Neusiedler] mit

dem Backen aufgehört“ und in der Papiermühle Hnanice gearbeitet; dann ist er abgewandert. Viele Handwerker gingen in die staatlich immens geförderte Grundstoffindustrie, vor allem nach Ostrava (Mährisch-Ostrau) und Jachymov (Joachimsthal). Als nächstes gingen die Financer nach der Auflösung der Grenzstation und der Finanzwache. Das Dorf löste sich gleichsam von innen auf. Die katastrophalen Auswirkungen auf die Sozialstruktur des Grenzlandes sind vor allem für Nordböhmen, nicht in derselben Intensität für Südmähren und -böhmen wissenschaftlich aufgearbeitet.¹¹³

So war das Neusiedlerbauerndorf Hnanice binnen kurzer Zeit in ein kollektiviertes Dorf verwandelt. Seinen wirtschaftlichen und sozialen Mittelpunkt bildeten die Landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaft und die ihr angeschlossenen oder zugeordneten Dienstleistungsbetriebe, beispielsweise eine Wäscherei, ein Verkaufsgeschäft und ein Gasthaus. Auf diese Weise wurde die politisch erwünschte Entdifferenzierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vorangetrieben. Das ganze gesellschaftliche Leben sollte überschaubar nach den rationalen Kriterien eines „benevolenten Despotismus“ (Christoph Boyer) organisiert werden. Die Schule übernahm ein Kultur-Patronagesystem über die Genossenschaft. Die Gemeinde verlor wie alle Verbände der Volksverwaltung per Gesetz Nr. 297/1949 ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und das ganze kommunale Eigentum.¹¹⁴ Die Wälder von Hnanice wurden zum Schutz der Staatsgrenze verstaatlicht, vergeblich gründete der Ortsnationalausschuss präventiv eine Waldgenossenschaft. Die Sozialisierung des Dorfes bewirkte die allmähliche Beseitigung der territorialen Selbstverwaltung. Im Gegensatz zur Verfassung vom Jahre 1948 verloren die Nationalausschüsse de facto und de jure auch mit Verfassungsgesetz von 1954 ihre Rechtspersönlichkeit. Sie waren nur noch staatliche Vollzugsorgane.

Zugleich mit den wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen wurden auch die kulturellen Beziehungsnetze organisatorisch verdichtet und in eine gelenkte Gesamtstruktur eingebunden. Auf Antrag der Schule verlieh das Schulministerium im Schuljahr 1949/50 der Schule Hnanice den Titel „Volksschule der Dukla Streiter“. Die feierliche Umbenennung fand unter der Schirmherrschaft der Militärorganisation Znojmo und des SBS (Verbandes der Freiheitskämpfer), Ortsorganisation Šatov am 9. Oktober 1949 sowie unter Beteiligung aller Schulen der Umgebung, der Vereine, Korporationen und der Einwohner von Hnanice und Umgebung statt. Die beiden Einrichtungen hatten das Patronat über die Schule übernommen und ersetzten damit das seinerzeitige Patronat einer Firma. Andererseits übernahm die Schule Hnanice im Mai 1950 ein Kulturpatronat über die eben gegründete Landwirtschaftliche Genossenschaft. So schloss sich der erwünschte Kreislauf betrieblicher und kultureller Aktivitäten. In Bewegung gehalten wurde dieser ganze kulturpolitische Mechanismus durch permanente massenwirksam konzipierte Inszenierungen. Im Schuljahr 1950/51 übernahmen Lehrer und Schüler von Hnanice eine kollektive Pionierverpflichtung, und schon am 24. Jänner 1950 wurden die ersten fünfzehn Pioniere öffentlich vereidigt. Das System ging daran, die Jugend als neue Kader heranzubilden. Die ideologische Einbindung bezweckte vor allem die Einbindung in die Frontbildung des Kalten Krieges. 1950 pflanzten die Einwohner 3750 Obstbäume und die Schüler übernahmen das Patronat über diesen „Garten des Friedens“. Solidarität mit dem anlaufenden gesellschaftspolitischen Experiment Realsozialismus verlangte aber von Anfang an echte Anstrengung. Was der Landwirtschaftlichen Genossenschaft an Arbeitskraft und Rationalität fehlte, sollten die bis zu Jahresende 1950 für die JZD geleisteten 453 Brigadestunden der Schüler und 68 Brigadestunden der Lehrer ersetzen. An sonstigen öffentlichen Feiern gab es weiterhin den Geburtstag des nunmehrigen

Präsidenten Klement Gottwald, aber erstmals am 12. Dezember 1949 auch den Geburtstag Stalins und 1950 den Tag der Großen Oktoberrevolution. Die im gleichen Schuljahr einsetzenden Russischkurse wiesen gleichfalls in diese Ausrichtung nach dem Osten.

Die politische Struktur des sozialisierten Dorfes ist von der Chronik nicht mehr systematisch erfasst. Dass die örtliche Parteiorganisation nur noch ein Transformationsriemen der politischen Alleinparteiherrschaft war, ist ja schon 1950/51 deutlich geworden. In gleicher Weise waren die Genossenschaften in überregionale Zwangsverbände eingegliedert. Eine wichtige Änderung im politischen Bereich ergab sich aus dem erweiterten Loyalitätsanspruch der Partei, der sich nun auch auf die sozialistische Transformation bezog. Ein gutes Parteimitglied hatte jetzt die Kollektivierung zu verteidigen. Damit war das verordnete Sinnsystem mit der unter Zwang veränderten Dorffrealität verkoppelt. Der Realsozialismus bestimmte nun für Jahrzehnte Alltag und Lebensvollzug der Dorfbewohner, die sich unter den neuen Verhältnissen einrichteten. Die lebensgeschichtlichen Interviews in den Nachbarortschaften lassen, bei aller nostalgischen Verklärung der Jugendjahre, eine gewisse Identifikation mit den illusionistischen Versprechungen der frühen Fünfzigerjahre erkennen. Olivas Chronik berichtet von der anderen Seite der Medaille, von einem allgegenwärtigen System des Misstrauens und der Kontrolle. Rechtsunsicherheit greift um sich. Im Mai 1950 geht man der Frage nach, „wie die Post der Lokalorganisation zugestellt wird. Jemand öffnet die Briefe.“ Besonders ausgiebig wurde die Außenverbindung über das Telefon kontrolliert. Das Telefon war zuerst 1947 in einem Privathaus installiert worden, wurde dann ins Gasthaus der JZD übertragen und stand seit 1956 in der Kanzlei der JZD – die Überwachung der Außenbeziehung war perfekt.

Die Auflassung der Grenzstation im Jahre 1950 bewirkte eine weitere Abschottung des Dorfes gegen seine Umwelt. Das Dorf verpflichtete sich – mit Beschluss des kommunistischen Ortsparteiausschusses vom 26. März 1950 – zum „Abreißen des Zollgebäudes“. Das Militär übernahm das Gut Neunmühlen in Eigenregie. 1948 bis 1950 war Neunmühlen ein Hotel für Offiziere, dann wurde es zur Kaserne für die Grenzwaiche. In den Fünfzigerjahren wurde ein zweiter Grenzzaun gegen das Binnenland errichtet. Hnanice war jetzt förmlich im Sperrgürtel. Die Grenze diente jetzt nicht der Abwehr auswärtiger Bedrohung, sondern der Abschottung des Staates gegen außen.

Anmerkungen

- 1 Grundlage des Beitrages bilden die Recherchen des im Einleitungsteil genannten Forschungsprojektes „Verfeindete Brüder an der Grenze“, insbesondere jene des Mitarbeiters Peter Mähner.
- 2 Siehe *Historický místopis Moravy a Slezska v letech 1848–1960. Svazek IX. Okresy: Znojmo, Moravský Krumlov, Hustopeče, Mikulov, Ostrava* 1984, 64 und diverse Gemeindelexika.
- 3 Philipp Homola, *Mancherlei aus der Vergangenheit einer südmährischen Gemeinde (Gnadlersdorf)*, Znaim o.J., 2.
- 4 Interview Schwarz, Hnanice, 16. August 1995, 2.
- 5 Michael Mitterauer, *Formen ländlicher Familienwirtschaft. Historische Ökotypen und familiäre Arbeitsorganisation im österreichischen Raum*, in: Josef Ehmer/Michael Mitterauer (Hg.), *Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften*, Wien/Köln/Graz 1986, 185–323, hier 221–230.
- 6 Interview Schwarz, 15.
- 7 Auswertung der Volkszählungsdaten 1921 und 1930.

- 8 Auswertung der Volkszählungsdaten 1921 und 1930.
- 9 Auswertung der Volkszählungsdaten 1921, 1930, 1939.
- 10 Gemeindechronik Hnanice, 10; Interview Franz und Erika Rosner, Geislingen an der Steige, 27. Juli 1996, 18.
- 11 Interview Schwarz, 33.
- 12 Interview Johann Matula, Geislingen an der Steige, 2. Juli 1996, 6.
- 13 Interview Schwarz, 36.
- 14 Interview Hermine Keibl, Geislingen an der Steige, 2. Juli 1996, 68.
- 15 Auswertung der Volkszählungsdaten 1939.
- 16 Gemeindechronik Hnanice, 8.
- 17 Interview Matula, 14.
- 18 Interview Matula, 2.
- 19 Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. (Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957), Band 1 (Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa 4), München 1984, 184ff.; das tschechische Original bei Jitka Vondrová (Hg.), *Češi a sudetoněmecká otázka 1939–1945. Dokumenty.* (Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage. 1939–1945. Dokumente), Praha 1994; Niklas Perzi, *Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie*, St. Pölten/Wien/Linz 2003, 209–221; Tomáš Staněk, *Odsun Němců z Československa 1945–1947* (Der Abschied der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947), Praha 1991, 98ff.; Tomáš Staněk, *Persekuce 1945. Persekuce tzv. Státně nespolehlivého obyvatelstva v českých zemích (mimo tábory a věznice) v květnu – srpnu 1945* (Die Verfolgung der sog. unzuverlässigen Staatsbürger in den böhmischen Ländern (außer Lager und Gefängnis) von Mai bis August 1945), Praha 1996.
- 20 Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Band 1, wie Anm. 19, 242.
- 21 Hanns Haas, *Die Zerstörung der Lebensinheit „Grenze“ im 20. Jahrhundert*, in: Thomas Winkelbauer (Hg.), *Kontakte und Konflikte. Böhmen, Mähren und Österreich. Aspekte eines Jahrtausends gemeinsamer Geschichte. Referate des Symposiums „Verbindendes und Trennendes an der Grenze 3“* von 24.–27. Oktober 1992 in Zwettl, Waidhofen an der Thaya 1993, 363–386, hier 379–382; Emilia Hrabovec, *Vertreibung und Abschied. Deutsche in Mähren 1945–1947* (Wiener Osteuropa-Studien 2), Frankfurt am Main 1995, 58–96; Stanislav Biman/Roman Čilek, *Poslední první, první živí. České pohraničí květen až srpen 1945* (Letzte Tote, erste Lebende. Das tschechische Grenzgebiet Mai bis August 1945), Ústí nad Labem 1989.
- 22 Jan Mládek, *Některé problémy zemědělského osídlení jihomoravského pohraničí* (Einige Probleme der landwirtschaftlichen Besiedelung des süd-mährischen Grenzgebietes), in: *Sborník Matice Moravské* 84 (1965), 157–169.
- 23 In Ungarisch Hradisch bildeten Ende Mai 1945 der Revolutionäre Nationalausschuss und die 1. Tschechoslowakische Partisanenbrigade Jan Žižka die gut organisierte Staatsobrigkeit. Ivana Koutská/František Svátek, *Politické elity v Československu 1918–1948*. *Sborník* (Politische Eliten in der Tschechoslowakei 1918–1948), Praha 1994, 250.
- 24 Gemeindechronik Hnanice, Liste der Neusiedler, 19ff.
- 25 Auswertung der Volkszählungsdaten 1950.
- 26 Bohumír Fučík, *Dosídlování znojemského pohraničí do roku 1955* (Die Nachbesiedelung des Znaimer Grenzgebietes bis 1955), in: *Jižní Morava* 17 (1981), 221–223; Lubomír Slezák, *Der Sieg der sozialistischen Produktionsbeziehungen in der tschechoslowakischen Landwirtschaft (1953–1960)*, in: *Historica* 29 (1989), 5–26, hier 24.
- 27 Gemeindechronik Hnanice, 13
- 28 Interview Maria Hill, geb. Gutschy, Geislingen an der Steige, 2. August 1997, 18; die Angst vor dem Konzentrationslager ist in der Gemeindechronik Hnanice vermerkt; zu den Internierungslagern vgl. Emilia Hrabovec, *Neue Aspekte zur ersten Phase der Vertreibung der Deutschen aus Mähren 1945*, in: Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan/Anna M. Drabek (Hg.), *Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948. Aktuelle Forschungen* (Zentraleuropa-Studien 3), Wien 1997, 117–140, hier 137–140.
- 29 Im benachbarten Šatov/Schattau waren von 2770 Deutschen beim *Odsun* nur noch 37 Personen betroffen.
- 30 Gemeindechronik Hnanice, 16, *Historie Šatovska 1939–1945* (Geschichte der Schattauer Gegend 1939–1945), maschinschriftliches Manuskript im Privatbesitz, Šatov.
- 31 Gemeindechronik Hnanice, 52.
- 32 Alle folgenden nicht besonders herausgehobenen Zitate stammen aus der Gemeindechronik Hnanice.
- 33 Mittlerweile sind die Gemeindechroniken jeweils im Okresní archiv deponiert. Mitteilung Jindřich Schwippel, Prag.

- 34 Zum Beispiel Josef Blüml, *Koloděje nad Lužnicí 1945–1948 (Studie k zemědělské tematice) (Koloděje nad Lužnicí 1945–1948. Studie zur Landwirtschaftsthematik)*, in: *Zemědělství na rozcestí 1945–1948 (Studie Slovákckého muzea Uherské Hradiště 3, 1998)*, 175–178, hier 177; Pavel Kamír/Michal Stehlík/Petr Vermouzek (Hg.), *Návrat paměti krajiny. Staré Město pod Landštejnem. Die Rückkehr der Seele in die Landschaft. Altstadt, Staré Město pod Landštejnem 1999*.
- 35 Natali Stegmann, Soldaten und Bürger. Selbstbilder tschechoslowakischer Legionäre in der Ersten Republik, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift 61 (2002)*, 25–48, hier 33; Martin Zückert, Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918–1938 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 106), München 2006, 90–92; Ivan Šedivý, Zur Loyalität der Legionäre in der ersten tschechoslowakischen Republik, in: Martin Schulze Wessel (Hg.), *Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938. Politische, nationale und kulturelle Zugehörigkeiten (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 101)*, München 2004, 140–152, hier besonders 144.
- 36 Vgl. dazu die Daten aus dem Nikolsburger Bezirk bei Mládek, *Některé problémy*, wie Anm. 22, 162.
- 37 *Historie Šatovska*, wie Anm. 30.
- 38 „Kaschauer Programm“ der tschechoslowakischen Regierung und der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken vom 5. April 1945, in: *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung*, Band 1, wie Anm. 19, 184–203, hier 190.
- 39 *Schulchronik Hnanice*, Okresní archiv Znojmo K I–188.
- 40 Interview Rosner, 18.
- 41 Jaroslav Kučera, Auf dem Weg zum Nationalstaat. Tschechen und Deutsche in der Nachkriegstschecoslowakei, in: Gernot Heiß/Alena Míšková/Jiří Pešek/Oliver Rathkolb (Hg.), *An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945. Na rozhraní světa. Rakousko a Československo po 1945*, Innsbruck/Wien 1998, 43–58, hier 53.
- 42 Interview Urban, Lukov/Luggau, 12. Juli 1997, 28, Zitat: „Dass die da weiter wohnen, dass die wohnen in dem Haus. Dass die wegmüssen, das haben wir net [geglaubt].“
- 43 Interview Keibl, 14.
- 44 Volker Zimmermann, „Die Wahlen müssen schon vorher entschieden werden!“. Das erste Nachkriegsjahr im Bezirk Ústí nad Labem und der Wahlsieg der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (1945/46), in: *Bohemia 43 (2002)*, 10f.
- 45 Hrabovec, *Neue Aspekte*, wie Anm. 28, 121.
- 46 Emilia Hrabovec, Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen, in: *Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren*, Linz 2000, 99–122, hier 113.
- 47 *Gemeindechronik Hnanice*, 18.
- 48 Siehe zur Ansiedlung tschechischer Reemigranten aus Jugoslawien in Südwestmähren, auch südwestlich von Znaim: Josef Vařenka, *Stavební vývoj a bytová kultura družstevní vesnice jihomoravském pohraničí*, in: *Český lid 60 (1973)*, 178–186; Im ganzen Bezirk Znaim sind 1617 Reemigranten angesiedelt worden. Vgl. Jaroslav Vaculík, *Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945–1950*, Brno 1993, 149; Iva Heroldová, *Ethnische Prozesse in den böhmischen Grenzgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Hans Lemberg/Jan Křen/Dušan Kováč (Hg.), *Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche 1948–1989 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 10)*, Essen 1998, 97.
- 49 Jaroslav Kučera, Von der „nationalen“ zur „sozialen“ Revolution. Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten, in: *Nationale Frage und Vertreibung*, wie Anm. 46, 123–140, hier 140.
- 50 *Gemeindechronik Hnanice*, 16.
- 51 Ein A. D. aus Hnanice erhielt wegen Diebstahls in Kellern und Häusern im Mai und Juni 1946 fünf Monate schweren Kerkers. MZA Brno – Fonds C 59 Bezirksgericht Znojmo II, 1937–1948, Katalog der Straftaten.
- 52 Siehe etwa *Gemeindechronik Hnanice*, 16, 33.
- 53 Interview Karl Fuchs, Platt/Niederösterreich, 19. November 1996, 3.
- 54 Thomas Albrich, *Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945–1948 (Innsbrucker Forschungen 1)*, Innsbruck 1989.
- 55 MZA Brno – Fonds C 59 Bezirksgericht Znojmo II, 1937–1948, Katalog der Straftaten.
- 56 *Gemeindechronik Hnanice*, 17.
- 57 *Schulchronik Hnanice*, Schuljahr 1946/47.
- 58 *Gemeindechronik Hnanice*, 53.

- 59 Eva Večerková, Hodové slavnosti v jihomoravském pohraničí. K otázce konstituování tradice v nově osídlené oblastí (Kirchweihfeste im südmährischen Grenzgebiet. Zur Frage der Konstituierung der Kirchweihtradition im neu besiedelten Gebiet), in: *Časopis Moravského muzea* 66 (1981), 193–197.
- 60 Jiří Kocian, Die politischen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945–1949, in: Heiβ/Míšková/Pešek/Rathkolb, *Bruchlinie*, wie Anm. 41, 27–41, hier 28; Perzi, *Die Beneš-Dekrete*, wie Anm. 19, 216f.
- 61 Jan Janák/Jaromír Kubíček, Přehled vývoje ústavních a správních institucí v Československu od r.1945 (Überblick über die Entwicklung der Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen in der Tschechoslowakei seit dem Jahr 1945), Praha 1972, 65–92; Karel Bertelmann, Vývoj národních výborů do Ústavy 9. května (Die Entwicklung der Nationalausschüsse bis zur Verfassung vom 9. Mai), Praha 1965; Adolf Štafl, Národní výbory místní, okresní, ústřední, zemské a Ústřední národní výbor hlavního města Prahy (Die Orts-, Bezirks- und Landes-Nationalausschüsse und der Zentral-Nationalausschuss der Hauptstadt Prag), Praha 1947; Josef Pokstefl, Verfassungs- und Regierungssystem der ČSSR (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 42), Wien/München 1982, 13–21.
- 62 Kocian, *Die politischen Parteien*, wie Anm. 60, 34.
- 63 Vgl. dazu den Forschungsbericht von Michael Pehr, *Die Wahlen von 1946: Illusion und Realität*, in: *Bohemia* 46 (2005), 464–466.
- 64 Zdeňka Hledíková/Jan Janák/Jan Dobeš, *Dějiny správy v českých zemích od počátku státu po současnost (Rechtsgeschichte in den Böhmischen Ländern vom Staatsbeginn bis zur Gegenwart)*, Prag 2005, 445f.
- 65 Jan Janák, Neuerrichtung der tschechoslowakischen Lokalbehörden in Südmähren 1945, in: Ernst Bezemek/Willibald Rosner (Hg.), *Niederösterreich 1945 – Südmähren 1945. Die Vorträge des vierzehnten Symposiums des Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde, zugleich Verbindendes und Trennendes an der Grenze V*, Hollabrunn, 4.–7. Juli 1994, Wien 1996, 117–123.
- 66 Lubomír Slezák, Die landwirtschaftliche Besiedelung des Grenzgebietes der böhmischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Historica* 23 (1983), 165–225, hier 198; zu denselben Ergebnissen kommt Jiří Sláma, *Das Wahlverhalten der Neusiedler in der Parlamentswahl von 1946 in Böhmen*, in: *Bohemia* 28 (1987), 377–382.
- 67 Jiří Sláma/Karel Kaplan, *Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935–1946–1948*, München 1986, 118.
- 68 Kocian, *Die politischen Parteien*, wie Anm. 60, 35.
- 69 Jiří Dvořák, *Jižní Čechy v období 1945–1946. Pohraničí, odsun Němců a příchod osídlenců (Südböhmen in der Zeit 1945–1946. Grenzgebiet. Abschied der Deutschen und Ankunft der Neusiedler)*, in: *Česko-slovensko historická ročenka* 1996, Brno 1996, 5.
- 70 Vgl. dazu Zimmermann, *Die Wahlen*, wie Anm. 44, 31.
- 71 Hledíková/Janák/Dobeš, *Dějiny správy*, wie Anm. 64, 445.
- 72 Gesetz Nr. 149/47 vom 11. Juni 1947.
- 73 *Gemeindechronik Hnanice*, 40.
- 74 *Gemeindechronik Hnanice*, 58.
- 75 Kučera, *Von der „nationalen“ zur „sozialen“ Revolution*, wie Anm. 49, 136.
- 76 Slezák, *Die landwirtschaftliche Besiedelung*, wie Anm. 66, 188.
- 77 *Schulchronik Hnanice*, Schuljahr 1945/46.
- 78 *Schulchronik Hnanice*, Schuljahr 1946/47.
- 79 *Gemeindechronik Hnanice*, 58.
- 80 *Schulchronik Hnanice*, Schuljahr 1946/47.
- 81 *Gemeindechronik Hnanice*, 49.
- 82 Pokstefl, *Verfassungs- und Regierungssystem*, wie Anm. 61, 22ff.
- 83 Zitat bei Karel Kaplan, *Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 48)*, München 1986, 60.
- 84 *Gemeindechronik Hnanice*, 62.
- 85 Dieter Segert, *Repression und soziale Klassen. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der politischen Macht im Staatssozialismus*, in: Christiane Brenner/Peter Heumos (Hg.), *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948–1968 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 27)*, München 2005, 307–317, 312.
- 86 Karel Fojtík, *K problematice výzkumu etnických procesů na pohraničních územích a enklávách v Jihomoravském kraji*, in: *Etnické procesy v nově osídlených oblastech na Moravě. Na příkladech vybraných obcí v jihomoravském a severomoravském kraji*, Brno 1986, 9–31, hier 18ff.
- 87 Rund 9.000 Sudetendeutsche sowie mehrere kroatische südmährische Dörfer sind 1948 ins Landesinnere umgesiedelt worden.

- 88 Kaplan, Die politischen Prozesse, wie Anm. 83, 61.
- 89 MZA Brno – Fonds C 59 Bezirksgericht Znojmo II, 1937–1948, Katalog der Straftaten.
- 90 Gemeindechronik Hnanice, 63.
- 91 Christoph Boyer, Die Kader entscheiden alles. Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), Dresden 1997, 8f.
- 92 Karel Kaplan, Politische Persekution in der Tschechoslowakei 1948–1972, Köln 1983, 6.
- 93 Gemeindechronik Hnanice, 35.
- 94 Arnd Bauernkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963 (Zeithistorische Studien 21), Köln/Weimar/Wien 2002, 15, 436–438, 463–476.
- 95 Vgl. Ulrich Kluge, Die „sozialistische Landwirtschaft“ als Thema wissenschaftlicher Forschung, in: Ulrich Kluge/Winfried Haider/Katja Schlenker (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die Fünfziger Jahre (Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 92), Stuttgart 2001, 11–48, hier 29–31.
- 96 Karel Jech, Die Repression gegen die Großbauernschaft während der Kollektivierung der tschechoslowakischen Landwirtschaft, in: Brenner/Heumos (Hg.), Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung, wie Anm. 85, 319–336, hier 320.
- 97 Kaplan, Die politischen Prozesse, wie Anm. 83, 89.
- 98 Gemeindechronik Hnanice, 60
- 99 Slezák, Sieg, wie Anm. 26, 25.
- 100 Slezák, Sieg, wie Anm. 26, 19.
- 101 Gemeindechronik Hnanice, 60.
- 102 Kaplan, Die politischen Prozesse, wie Anm. 83, 92.
- 103 Gemeindechronik Hnanice, 64.
- 104 Gemeindechronik Hnanice, 54.
- 105 Kaplan, Die politischen Prozesse, wie Anm. 83, 93.
- 106 Gemeindechronik Hnanice, 68f.
- 107 Gemeindechronik Hnanice, 71f.
- 108 Schulchronik Hnanice, Schuljahr 1950/51.
- 109 David Feest, Von Kadern und Kolchosen. Die Sowjetisierung des estnischen Dorfs 1944–1953, Köln/Weimar 2006, 387–441.
- 110 Chronik Bezkov, Okresní archiv Znojmo, K I–59.
- 111 Siehe Parallelfälle: Kaplan, Die politischen Prozesse, wie Anm. 83, 96.
- 112 Vgl. dazu Růžená Hlušičková, Boj o průmyslové konfiskáty v Československu v letech 1945 až 1948 (Der Kampf um die Handwerkskonfiskationen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945 bis 1948), Praha 1983.
- 113 Václav Houžvička/Quido Kastner, Die Arbeitsgruppe Pohraničí (Grenzland) des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, in: Bohemia 43 (2002), 432–442.
- 114 Pokstefl, Verfassungs- und Regierungssystem, wie Anm. 61, 32.